Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2,40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 73. Dienstag, den 27. März 1917. 24. Jahrg.

Des Kanzlers Schicksal.

In den ersten Tagen dieser Woche soll der Reichstag über den Etat des Reichskanzlers verhandeln. Wahrscheinlich findet die Debatte zugleich mit der Beratung des Preußischen Herrenhauses über den Kriegszielantrag der Hoensbroech und Genossen statt. Mancherlei Anknüpfungspunkte sind da gegeben. Es ist jedenfalls zu erwarten, daß die Debatte im Reichstag das allgemeine Interesse in höherem Grade auf sich konzentrieren wird als die politische Unterhaltung der kleinen, aber ach so interessanten Kammer. Der Reichstag ist nun einmal die deutsche Volksvertretung und als solche der Brennpunkt der öffentlichen Kritik und Stützpunkt der Hoffnungen des deutschen Volkes auf eine bessere Zukunft.

Schwer wird Bethmann-Hollweg um sein Gehalt nicht zu kämpfen haben, auch die Konservativen werden es ihm anstandslos bewilligen, da sie nicht auf dem Standpunkt stehen, daß sich in solchen Bewilligungen das Vertrauen zum herrschenden Kurs und zum leitenden Mann ausdrückte. Daß sie ihn lieber sonstwo wüßten, als auf dem Platze des Reichskanzlers, ist bekannt, und sie machen auch gar kein Hehl daraus. Die Regierung Bethmann-Hollwegs ist wohl die bestgehaßte, die das Deutsche Reich jemals besessen hat. Aber ist sie auf der anderen Seite auch nicht die meistgeliebte? Bethmann-Hollweg hat durch seine theoretischen Bekenntnisse zu einer freiheitlichen Entwicklung der deutschen Verfassungszustände die Todfeindschaft einflußreicher Kreise auf sich geladen. Aber es ist ihm bisher keineswegs gelungen, sich aus dem Vertrauen des Volkes einen starken Schild gegen die Angriffe seiner Feinde zu schmieden. Mehr als höchstens ein Gefühl loser Sympathie hat er für sich nicht zu erringen vermocht. Und so wenig man in den breiten, demokratisch gerichteten Massen mit der sachlichen Kritik übereinstimmt, die von den Konservativen, Alldeutschen und Schwerliberalen an der Politik des Reichskanzlers geübt wird, so groß ist auf der andern Seite die Neigung, dem persönlichen Urteil zuzustimmen, das über den Kanzler von seinen leidenschaftlichen Gegnern gefällt wird.

Dieses persönliche Urteil läuft im Grunde darauf hinaus, daß man dem leitenden Staatsmann nicht die nötige Frische des Entschlusses zutraut, deren er in einer Zeit wie der gegenwärtigen mehr denn je bedürfe, daß man ihn für einen allzu nachdenklichen, allzu vorsichtigen, nach allen Seiten hin spähenden und tastenden Politiker hält. Seine Gegner von rechts werfen ihm vor, nicht entschlossen genug den Krieg vorbereitet und eingeleitet zu haben. Sie beschuldigen ihn, durch Verständigungsversuche nach allen Seiten hin alle klaren Richtlinien der auswärtigen Politik verwischt, und dadurch erst die Koalition der Gegner ermöglicht zu haben. Immer und immer wieder erscheint er in ihrer Kritik als der Zögernde, Zurückschreckende, als der Mann, der erst durch die Gewalt der Ereignisse oder durch mächtige Einflüsse von außen gleichsam an den Haaren auf den Schauplatz gezerrt werden müsse, auf dem nicht mehr der Gedanke und die Erwägung gilt, sondern der Entschluß und die Tat.

Sollte es ein Zufall sein, daß von der anderen Seite her und aus ganz anderen sachlichen Gesichtspunkten heraus dem Reichskanzler genau dieselben Vorwürfe gemacht werden, wenn dies auch hier gewöhnlich nicht in der scharf verletzenden Form geschieht, die von der äußersten Rechten geliebt wird? Wenn die Rechte dem Kanzler seine mangelnde Kriegsentschlossenheit vorwirft, so werfen wir ihm die Schwäche vor, mit der er sich der Politik der Welteroberer und Kriegsverlängerer gegenüber verhüllt. Und meint man auf jener Seite, der Kanzler habe dem demokratischen Geiste der Zeit schon viel zu viel und höchst gefährliche Zugeständnisse gemacht, so vermissen wir hinter seinen akademischen Bekenntnissen die schöpferische Willenskraft und den entschlossenen Kampfesmut. Immer und überall spricht aus seinem Verhalten eine Grundauffassung, die auf die Versöhnung des Unversöhnlichen gerichtet ist und immer glaubt man aus ihm die Besorgnis herauszufühlen, man könnte es sich mit der einen oder mit der andern Seite doch allzusehr verderben.

Eine solche Erscheinung, oder vorsichtiger gesprochen, eine Erscheinung, die so gesehen und allgemein so beurteilt wird, ist nicht imstande, für sich leidenschaftliche Sympathien zu gewinnen und die Herzen in gewaltigem Schwunge mit sich fortzureißen. Sprechen wir es offen aus: Trotz seiner schönen Freiheitsreden ist Bethmann-Hollweg nicht populär, und nie wird es ihm gelingen, mit Worten die Mauer des Mißtrauens zu durchdringen, die sich vor ihm aufbaut.

Dieser Zustand ist um so bedauerlicher, als das deutsche Volk gerade in der jetzigen Zeit einer Regierung bedürfte, die nach außen wie nach innen als die wirkliche Repräsentantin des Volkswillens anerkannt wird. Eine solche Regierung würde eine Autorität besitzen, die durch keinen Auftrag von höherer Stelle gewonnen werden kann. Stände eine solche Regierung dem feindlichen Auslande gegenüber, dann wäre auch nicht der geringste Zweifel daran erlaubt, daß es das deutsche Volk selbst ist, das den Krieg um seiner Selbsterhaltung willen führt, und daß das deutsche Volk jeden Augenblick bereit ist, den Krieg zu beenden, sobald der Zweck der nationalen Selbsterhaltung gesichert ist.

Die Zersplitterung der Parteien im Reichstag macht leider die Bildung einer parlamentarischen aus der Volksvertretung selbst hervorgegangenen Regierung nahezu unmöglich. Ein Kanzlerwechsel, auf den die Rechte mit allen Kräften hinarbeitet, könnte vielleicht eine entschlossenere Persönlichkeit an die Stelle des jetzigen Reichskanzlers setzen, aber ob die Entschlüsse dieses neuen Mannes ein Segen für das deutsche Volk wären, das steht auf einem andern Blatte. Darum hat die Sozialdemokratie bisher die kanzlerstürzlerische Propaganda entschieden bekämpft: Wenn man die Dinge laufen ließe, wie sie wollen, wäre das Risiko zu groß. Aber „Regierungs-Sozialisten" gibt es nicht, und ein Sozialdemokrat, der in der Person des gegenwärtigen Reichskanzlers sein Ideal eines leitenden Staatsmannes verwirklicht sähe, ist uns noch niemals begegnet.

Vom Tage.

Die Entwicklung der Verhältnisse in Rußland liegt noch völlig im Dunkeln. Die provisorische Regierung warnt und ermahnt — mit welchem Erfolg ist nicht zu sagen. Die Sozialrevolutionäre arbeiten anscheinend mit Hochdruck weiter. — Wir geben nun nachstehend die wichtigsten Meldungen wieder:

Wie „Russkija Wolga" meldet, fand am 17. März eine siebenstündige **Versammlung der Vertreter der auf der Seite des Arbeiterausschusses stehenden Truppenteile statt.** Die Debatte, die äußerst stürmisch gewesen sei, betraf die **innere Ordnung des Petersburger Volksheeres.** Zahlreiche Redner machten Vorschläge auf die Heeresorganisation auf Grund der **Selbstverwaltung.** Durch Kompagnie-, Bataillons- und Regimentsausschüsse sei das Offizierkorps bis zum höchsten Befehlshaber zu ernennen. Die Versammlung nahm einen so stürmischen Charakter an, daß die Entscheidung der Frage auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden mußte. Während der Debatte erschien Kerenski, der mit Jubel begrüßt wurde und teilte mit, daß er der Interimsregierung vorgeschlagen habe, allen Soldaten, die bisher aus politischen Gründen aus der Offizierslaufbahn ausgeschlossen worden seien, die vollen Rechte zu geben. Die Versammlung begrüßte ferner mit donnerndem Hurra den Maschinisten Derjabin, der der Führer des Zuges war, worin sich General Iwanow mit einer Anzahl Georgsritter befand auf dem Wege, den Befehl zu übernehmen. Die Absicht des Generals mißglückte, da der Maschinist auf eine Nachricht aus Petersburg den Dienst einstellte.

Der „Temps" meldet aus Petersburg: Arbeiter- und Soldatenausschüsse fahren fort, die Handlungen der Regierung zu behindern und verbreiten Aufrufe, deren Programm, welches in dem heftigen Tone gehalten ist, besorgniserregend ist. Korniloff hatte mit den Ausschüssen Besprechungen, um auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die Rußland aus der verlängerten Agitation erwachsen können. Die provisorische Regierung erläßt zahlreiche Aufrufe, um den Extremisten Vernunft zu predigen. — „Journal de Peuple" meldet aus Petersburg, daß die Delegierten der gemischten Ausschüsse, besonders die Revolutionäre, verlangen, daß gegen den Zaren und seine Familie Anklage erhoben wird. „Bonnet Rouge" meldet, daß die **russische sozialistische, in Paris erscheinende Zeitung „Natschalo" einen Monat suspendiert worden ist.** — Das mutet sehr sonderbar an, nachdem in Petersburg die Preßfreiheit wiederhergestellt worden ist.

*

Im russischen Heere sollen eine Reihe Reformen eingeführt werden; die Mannschaften sollen sich selbst verpflegen.

Der „Petit Parisien" meldet aus Petersburg: Augenblicklich ist eine **republikanisch-demokratische Partei** in der Bildung begriffen. Sie wird die Regierungspartei sein und die Kräfte zur Vorbereitung der Wahlen für die Konstituierende Versammlung gruppieren. Das Studium der sozialen Fragen wird die Partei bis nach den Wahlen verschieben und augenblicklich nur politische Tätigkeit ausüben. Sie wird in der gegenwärtigen verwirrten politischen Lage Rußlands eine bedeutende Rolle spielen und ein Gegengewicht zu den sehr rührigen extremen Parteien bilden.

Lyoner Blätter melden aus Petersburg: Die Erklärung des **Zentralausschusses der Kadetten und Duma-Mitglieder** zugunsten der demokratischen Republik macht großes Aufsehen. Sie bildet bereits das Gegengewicht gegen die zu weit gehenden Bestrebungen der anarchistisch-revolutionären Sektion. Die Regierung beabsichtigt, ein Getreidemonopol einzuführen. Kerenski bereite ein Gesetz vor, das alle Rechtsungleichheit von Klassen, Religionen und Nationalitäten abschaffen soll.

Miljukow hat in einer Unterredung erklärt, daß Rußland nun seine Anstrengungen verdoppeln wird, um den Sieg zu erringen. Rußland wünscht mehr als je den Besitz Konstantinopels und die Befreiung der unterdrückten Nationalitäten Oesterreich-Ungarns. Auch die von Deutschland während des Krieges zerschmetterten Nationalitäten, **Belgien, Serbien und Rumänien werden größer als in der Vergangenheit auferstehen.** Wir wollen ein festorganisiertes Slawentum bilden und um **Serbien eine unübersteigbare Barriere errichten gegen den deutschen Ehrgeiz auf dem Balkan.** Das befreite Rußland kennt keinen anderen Ehrgeiz und kein anderes Ideal als die Befreiung der Opfer des deutschen Imperialismus. — Das sind ja Reden, wie sie auch der verflossene Zar und seine Exminister nicht schöner halten konnten. Was aber wird das Volk dazu sagen?

Die „Baseler Nachr." melden aus Mailand: Die italienischen Sozialisten planen angesichts der Umwälzung in Rußland und der befürchteten Offensive an der österreichischen Front **neue Friedenskundgebungen.** In einigen Kreisen verlautet, die Regierung soll neuerdings aufgefordert werden, bei den alliierten Regierungen auf einen raschen Friedensschluß hinzuwirken.

*

Der radikale Abgeordnete Sir W. Byles erklärte im englischen Unterhaus bei einer Besprechung der russischen Ereignisse: Wenn Könige und Regierungen aus ihren Völkern Spielzeug (Schachfiguren) machen und sie dazu gebrauchen, sich gegenseitig totzuschießen und auszuhungern, so müssen sie darauf vorbereitet sein, daß ihre Kronen wacklig werden! Byles schlug der Regierung eine andere Art, den Krieg zu gewinnen, vor. Während der letzten zweieinhalb Jahre hätte die Regierung versucht, den Krieg mit physischer Gewalt zu gewinnen. Die bessere Methode wäre zu versuchen, mit dem Feind zu einem Arrangement der Vernunft zu kommen. In jedem Wahlkreise Englands bestände eine große öffentliche Meinung **zugunsten von Friedensverhandlungen.** Byles fragte: **Gibt es keinen englischen Staatsmann, der versuchen wollte, diesen Kampf endlich zu beendigen?** Das bemerkenswerteste ist, daß Byles ausreden konnte und keine Tumultszene im Unterhause, nicht einmal einen Zwischenruf auslöste.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.

WTB. Berlin, 26. März, abends. (Amtlich.)

Vorpostengefechte bei Lagnicourt, nordöstlich von Bapaume, und bei Roisel östlich von Peronne; sonst im Westen bei schlechtem Wetter nichts Besonderes.

An der mazedonischen Front hat die Kampftätigkeit nordwestlich von Monastir zugenommen.

*

Wien, 26. März. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Cjobernyos-Tales scheiterte ein russischer Angriff. Sonst nicht von Belang.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

England.

Englische Repressalien gegen Holland?

Der „Maasbode" meldet unter voller Verantwortlichkeit und in ungewöhnlichem Sperrdruck, die englische Regierung weigere sich nunmehr, die holländischen Schiffe künftig in Halifax zu untersuchen. Alle holländischen Schiffe müssen wieder England anlaufen und sich allen Belästigungen, Schwierigkeiten und Verzögerungen in der englischen Hafenkontrolle unterwerfen. Infolgedessen sind viele für die Ausfahrt bereitliegenden holländischen Schiffe, welche Getreide für die holländische Regierung aus Amerika holen sollten, nicht abgefahren.

Der Seekrieg.

Der verschärfte Tauchbootkrieg.

WTB. Berlin, 26. März. (Amtlich.) Unter den bereits in früheren Veröffentlichungen im März bekanntgegebenen Uboots-Erfolgen befanden sich, wie aus inzwischen eingegangenen ausführlicheren Meldungen hervorgeht, ausschließlich der am 23. März gemeldeten Schiffe, u. a. folgende:

1. Englische Schiffe: Bewaffneter Dampfer „Dunbarmoor", 3651 To., mit Getreide, „Bray Head", 3077 To., mit Stückgut, „Narragasett", Tankdampfer, 9196 To., mit Ölladung, Dampfer „Hormo Prau", 4416 Tonnen, mit Häuten, „Fency Lodge", 3223 To., mit Holzladung, „Rosalie", 4237 Tonnen, mit Kohlen, Tankdampfer „Winnebago", 4666 To., mit Heizöl für Frankreich, Viermastbark „Inverlogie", 2347 Tonnen, mit Kohlen, Segler „Crosley" mit Briketts, „Mediterranean" mit Kohlen, „Elisabeth 2" und „Eleonore".

2. Französische Schiffe: Bewaffneter Dampfer „Ohio", 8719 To., mit Munition und Baumwolle, Vollschiff „Jules Combes", 2595 To.

3. Russische Schiffe: Vollschiff „Pera", 1737 To., mit Mais, Segler „Alma" mit Johannisbrot.

4. Norwegische Schiffe: Dampfer „Edward Grieg", 987 To., „Storstad", 6028 To., mit Mais, Segler „Spartan", 2287 To., „Gollingwood", 1042 To., mit Mais, „Silas", 750 Tonnen.

5. Amerikanische Schiffe: Dampfer „Vigilancia", 4115 To., mit Lebensmitteln für Frankreich, „Algonquin", 2833 Tonnen, mit Olladung. Der schwedische Dreimastschoner „Dag", mit Holzladung, der dänische Dampfer „Rosenborg", der holländische Fischdampfer „Tres Fratres" (ex „Margare").

6. Schiffe, deren Namen beim Nachtangriff oder weil sie keinen Namen an der Bordwand führten, nicht festgestellt werden konnten: Ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 3500 To., ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 4000 Tonnen, mit Kohlen, ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 3000 To., ein bewaffneter englischer Dampfer von etwa 4000 To., ein bewaffneter englischer Transportdampfer von mindestens 10 000 To., ein bewaffneter Dampfer von etwa 3000 To., mit Erzladung, ein englischer Dampfer von dem Aussehen des Dampfers „Porth Wales", ein englischer Dampfer vom Aussehen des Dampfers „Hycarnia" und ein englischer Segler von etwa 2000 Tonnen mit Kohlen.

Von der Kreuzerfahrt der „Möwe".

Aus Berlin wird mitgeteilt: Die „Möwe" hat ebenso wie auf ihrer vorherigen Streiffahrt so auch diesmal viel Bemerkenswertes erlebt. Ganz besonderes Vergnügen bereitete es der Mannschaft, gleich zu Beginn der Arbeit mehrere Kohlenschiffe zu versenken, deren Ladung zur Versorgung der englischen Kreuzer bestimmt war, die im Begriffe standen, Jagd auf den deutschen Korsaren zu machen. Vorzügliche Dienste leistete der „Möwe" die Funkentelegraphie. Es gelang mit Hilfe der drahtlosen Anlage alle die Warnungsrufe aufzufangen, die die jagdmachenden Kreuzer untereinander austauschten. Die „Möwe" war dadurch in der Lage, auf das genaueste über den Standpunkt der sie verfolgenden Schiffe sich zu orientieren. Derlei Warnungsrufe erfolgten häufig bis sechsmal täglich. Ein besonders glücklicher Zufall ereignete sich am Silvesterabend. Die Mannschaft war gerade angetreten, um die Glückwünsche des Kommandanten entgegenzunehmen, als 5 Minuten vor 12 Uhr ein Telegramm eintraf, das die deutsche Admiralität der damals recht weit von Deutschland entfernten „Möwe" zusandte. Das Telegramm enthielt außer den Neujahrsglückwünschen die freudige Mitteilung, daß der englische Prisendampfer „Yarrowdale" in Swinemünde am gleichen Tage eingelaufen sei. Ganz besonders bemerkenswert ist das schlechte Mannschaftsmaterial, das die „Möwe" auf den feindlichen Dampfern konstatieren mußte. Die Kapitäne waren durchgängig Greise, zum Teil schwer leidend, einer lungenleidend, ein anderer halb gelähmt. Die Mannschaften bestanden gleichfalls aus sehr alten oder sehr jungen Leuten, auch oft aus sehr kranken. Die Mannschaften sind in keiner Weise seemännisch ausgebildet, sodaß sie vor dem Versenken ihres Schiffes nicht einmal verstanden die Rettungsboote auszuschwingen. Das mußte die „Möwe"-Mannschaft für sie besorgen. Dieses schlechte Mannschaftsmaterial ist kein Zufall, sondern ist auch eine Rückwirkung des U-Boot-Krieges, wie denn überhaupt alle Kapitäne, die die „Möwe" antraf, äußerst bedrückt waren von den Wirkungen unserer Seesperre. Die Behandlung der Gefangenen machte keine besondere Mühe; nur an einem Tage wurden die Gefangenen unruhig, als die „Möwe" in ein Gefecht mit dem bewaffneten Dampfer „Otaki" geriet. Der Dampfer hatte ein 12-cm-Geschütz an Bord und wehrte sich kräftig. Die „Otaki" ist ein ganz modernes, sehr schnell laufendes Frachtschiff. Trotzdem entging es seinem Schicksal nicht. Die Kapitäne der versenkten Dampfer, besonders einer unter ihnen, unterstützten den Grafen Dohna tatkräftig bei der Beruhigung der Gefangenen. Die „Möwe" konstatierte einen enormen Unterschied im Schiffsverkehr bei ihrer Ausfahrt und bei ihrer Einfahrt in den deutschen Heimatshafen. Zwischen diesen beiden Daten liegt die Erklärung des deutschen U-Boot-Krieges, der das völliges Verschwinden der neutralen Flagge [illegible] zur Folge gehabt hat.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Der Gesandte Chinas fordert die Pässe.

Der Berliner chinesische Gesandte hat im Auftrage seiner Regierung um Aushändigung seiner Pässe gebeten.

Truppenzusammenziehungen an der mexikanischen Grenze.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris" aus Neuyork finden bedeutende amerikanische Truppenzusammenziehungen an der mexikanischen Grenze statt, um das amerikanische Territorium im Falle des Ausbruchs der deutsch-amerikanischen Konflikte gegen mexikanische Ueberfälle zu sichern.

Deutscher Reichstag.

Berlin, [illegible]

[illegible] Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Dr. [illegible]

Die zweite Beratung des

Etats für das Reichsjustizamt

wird fortgesetzt.

Staatssekretär Dr. Lisco [illegible]

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.): Der Fall Eulenburg [illegible] (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) [illegible]

zelnen Person, auch des Oberkommandeurs in den Marken würde kaum etwas helfen, denn nach der Antwort des Staatssekretärs soll ja das System erhalten bleiben, und bei diesem System ist das Oberkommando ja nur das Instrument der politischen Polizei in Preußen. Diese ist die intellektuelle Kraft, die Seele des ganzen Staates. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Wir haben schon vor dem Kriege wiederholt nachgewiesen, welch verheerende Wirkung das System der politischen Polizei ausübt. Ganze Bataillone russischer Polizeispitzel standen im Dienste der preußisch-deutschen politischen Polizei. Die ersten Erfolge der Russen bei ihrem Einfall in Ostpreußen sind mit zurückzuführen auf diesen russischen Appendix (Anhängsel) unserer preußischen Polizei. Gegen die Personen, die diese russischen Spitzel bei uns geduldet haben, müßte man wegen Hochverrats vorgehen. Das eine Opfer des Reichsanwalts, Weise, leidet an schwerer Rückgratverkrümmung. Er ist noch immer in Schutzhaft. Die Verantwortung für die Folgen trägt der Oberreichsanwalt. Auf dem Schlachtfelde des Kriegszustandes finden sich immer mehr Hyänen ein, die besondere Vorteile für sich daraus suchen, ich meine die Wucherer. Mit Strafgesetzen kann man den Wucher in der heutigen Zeit nicht bekämpfen. Die Sozialdemokraten sind seinerzeit die ersten gewesen, die betont haben, man könne dem Wucher nur wirksam zuleibe gehen, wenn die Richter aus allen Teilen des Volkes vom Volke gewählt würden. Ferner gehört zur Bekämpfung des Wuchers eine Revidierung der heutigen Gesellschaftsordnung. Der Wucher muß definiert werden als Ausbeutung der Notlage eines einzelnen oder einer Klasse. Auf dieser Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht aber die ganze kapitalistische Gesellschaftsordnung. Darum muß man das Uebel an der Wurzel treffen. (Bravo! bei der Soz. Arbeitsgem.)

Zeichnet

die sechste Kriegsanleihe und wißt:

daß unser unerschöpfliches Nationalvermögen Euer Darlehen an den Staat vielfach sichert;

daß der hohe Zinssatz vom Reich vor dem Jahre 1924 nicht herabgesetzt werden kann und darf;

daß der Inhaber dann Zurückzahlung zum vollen Nennwert verlangen kann;

daß jeder Zeichner durch Verkauf oder Beleihung, wann und wo er will, über das angelegte Geld ganz oder teilweise wieder verfügen kann;

daß jede Zeichnungsstelle verpflichtet ist, über die Höhe der einzelnen Zeichnungen Stillschweigen zu bewahren;

daß auch der zeichnen kann, der kein bares Geld hat, weil ihm die Darlehenskassen andere Werte zu günstigem Zinsfuß beleihen;

daß ein günstiges Anleihe-Ergebnis unsern Feinden endgültig die Hoffnung rauben muß, uns niederzwingen zu können.

Gebt unsern Feinden die Quittung für das abgelehnte Friedensangebot!

Zeichnet mit allem, was Ihr aufbringen könnt, Kriegsanleihe!

Abg. Bruhn (Deutsche Frakt.) wendet sich gegen eine Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte im Kriege und behauptet, daß die Juden das Hauptkontingent der Wucherer stellen.

Staatssekretär Lisco legt Verwahrung ein gegen die Vorwürfe des Abg. Stadthagen gegenüber dem Oberreichsanwalt und der Polizei.

Abg. Landsberg (Soz.): Es gehörte der ja nur zu bekannte Takt des Herrn Bruhn dazu, um seine Angriffe gegen die Juden in einer Zeit vorzubringen, wo Deutsche aller Konfessionen draußen auf dem Schlachtfelde ihr Leben für das Vaterland lassen. Ich bin neugierig, was der Fraktionskollege des Abg. Bruhn, Dr. Werner, zu dieser Rede sagen wird. Herr Bruhn hat den deutschen Reichstag offenbar mit der Redaktionsstube der „Wahrheit" verwechselt. Ich halte ihm das Wort der alten Berliner Posse entgegen: „Ob Christ ist oder Itzig, 's Geschäft bringt's mal so mit sich." (Heiterkeit und Sehr gut!) Das mag Herr Bruhn auch ablehnen, aber ich polemisiere nur mit Leuten, bei denen ich den Willen zur Wahrheit voraussetzen kann. (Vizepräsident Dove: Sie dürfen nicht von einem Mitglied des Hauses annehmen, daß es den Willen zur Wahrheit nicht hat.) Herrn Stadthagen möchte ich sagen, daß wir uns nicht einbilden, den Wucher durch Strafgesetze beseitigen zu können, aber wir halten den Wucher gerade in der heutigen Zeit für besonders schimpflich, dem Landesverrat gleichzustellen, und halten deshalb die schlimmsten Strafen ihm gegenüber für nötig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Entwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege enthält soviel Fallstricke und Fußangeln, daß wir ihn nicht übereilt erledigen können. Man kommt jetzt mit dem Schlagwort: das Hindenburgprogramm muß auch in der Rechtspflege verwirklicht werden. Dann sollten aber die Herren Militärs den ersten Schritt dazu tun und nicht mit soviel überflüssigen Verordnungen kommen. Ihr gesetzgeberischer Tatendrang ist so unheimlich, daß man ihm wirklich Ketten anlegen müßte. Es wird verordnet, daß bei Kriegsaufführungen die Geschlechter getrennt sitzen müssen, auch wenn es Mann und Frau sind. (Heiterkeit und Hört, hört!) Auswärtige Arbeiter werden durch Verordnungen angewiesen, mit ihren Arbeitgebern langfristige Verträge abzuschließen. Jugendliche dürfen nach 8 Uhr abends sich nicht auf der Straße sehen lassen usw. Die Ersparnisse, die die Vorlage vorsieht, sind in Wirklichkeit keine Ersparnisse, sondern bedeuten Verschlechterungen der Rechtspflege. Daß man die Kurzschrift bei Gericht einführen will, ist ja gewiß [illegible] bezeichnend für den heutigen Bureaukratismus, daß [illegible] Jahre nach Einführung der Kurzschrift kommt. Die vorgesehene Verschandelung der Schwurgerichte ist für uns völlig unannehmbar. Erfreulicherweise haben diese Bestimmungen keine Aussicht auf Annahme im Reichstag. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Bruhn (Deutsche Frakt.): Herrn Landsberg erwidere ich: unter zehn Fällen des Wuchers gibt es neun Itzig und einen Christ.

Abg. Dr. Ablaß (Vp.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Bruhn, der die Verhältnisse der Rechtsanwälte geradezu auf den Kopf gestellt habe.

Damit schließt die Debatte.

Die vorliegenden Resolutionen und Anträge werden sämtlich angenommen.

Es folgt der

Etat des Reichseisenbahnamtes.

Hierzu liegt eine Resolution Ablaß (Vp.) vor, die eine Denkschrift über die Ersparnisse verlangt, die durch Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen einschließlich der Wasserstraßen möglich sind, und ferner die Berufung einer Fachkommission zur Vorbereitung dieser Denkschrift wünscht.

Abg. Dr. Pfleger (Zentr.): Die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich, von der Herr Kirchhoff die Ersparung einer Milliarde jährlich erhofft, wäre ohne eine horrende Anleihe gar nicht möglich und ist daher erledigt. Das bayerische Sonderrecht auf dem Gebiete der Eisenbahnen zu beseitigen, haben wir keinen Anlaß. Die liebevolle Behandlung der einzelstaatlichen Interessen wäre bei einer Zentralisierung undenkbar. Der beantragten Resolution bedarf es nicht, denn eine solche Denkschrift ist ohnehin vom preußischen Eisenbahnminister zugesagt worden.

Abg. Keil (Soz.): Bereits 1912 hat der Reichstag eine Denkschrift über die Vereinheitlichung der Eisenbahnen verlangt. Durch die Erfahrungen dieses Krieges ist die Frage der Reichseisenbahnen neu aufgerollt worden, und die Schriften des Geheimrat Kirchhoff haben einen wertvollen Beitrag dazu geliefert. Neben der Kräftigung der politischen Einheit verspricht sich Kirchhoff auch erhebliche materielle Vorteile in Höhe von einer Milliarde von der Verwirklichung seiner Gedanken. Dieser Gedanke ist leider von der Reichsleitung und der Mehrheit des Reichstages noch nicht gewürdigt worden. Im Gegenteil, man geht daran, den Verkehr erheblich zu besteuern. Zum mindesten sollte man dann seine Vorschläge zur Vereinfachung und besseren Organisierung des Verkehrswesens beachten. Der Eisenbahnminister, der sich in der Kommission gegen die Kirchhoffschen Vorschläge eingehend ausgesprochen hat, schenkt uns heute leider die Ehre seiner Abwesenheit. Er ist gewiß Autorität auf diesem Gebiete, aber Herr Kirchhoff auch. Hier steht also Autorität gegen Autorität. Daher ist es sehr wünschenswert, daß diese Frage durch eine Kommission von Fachleuten endgültig geklärt wird. Das deutsche Wirtschaftsleben verdankt seinen riesigen Aufschwung dem Zusammenschluß der Bundesstaaten zum mächtigen Deutschen Reich. Eine logische Konsequenz ist die Ueberführung des Verkehrswesens in die Hände des Reichs. Dieselben Herren, die in Preußen Riesenüberschüsse aus den Eisenbahnen erzielen, halten sich für befugt, hier vor einer fiskalischen Ausnutzung der Eisenbahnen durch das Reich zu warnen. Das Reichseisenbahnamt ist zu den ganzen Verhandlungen über die Vereinheitlichung erst in allerletzter Stunde hinzugezogen worden, es ist eben ein Veilchen, das im Verborgenen blüht. Herrn Pfleger erwidere ich, daß die Bayern sicher nicht auf ihrem formalen Schein bestehen bleiben werden, wenn die Prüfung ergibt, daß die Vereinheitlichung der Bahnen im Interesse des Gesamtwohls liegt. Unsere Zeit schreit nach Einfachheit und nach Einheit. Schon Bismarck hat gesagt: Der Gedanke der Reichseisenbahnen wird nicht eher von der Tagesordnung verschwinden, bis er sich verwirklicht hat. Ich schließe mich den Worten Kirchhoffs an. 1870 brachte uns die politische Einheit, möge uns dieser Krieg die wirtschaftliche Einigung bringen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.) befürwortet die Resolution Ablaß. Sie entspringt nicht etwa einem Mißtrauen in die ganze Verwaltung der Eisenbahnen, sondern wir wollen, daß endlich Klarheit geschaffen wird über die angeregte Frage. Jetzt oder nie ist der Zeitpunkt, den großen Gedanken der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens aufzunehmen. (Beifall b. d. Vp.)

Abg. Schiele (K.): Jetzt ist der Zeitpunkt zur Aufnahme des Gedankens der Vereinheitlichung der Eisenbahnen ganz ungeeignet. Gerade im Krieg haben sich die Eisenbahnen in ihrer gegenwärtigen Form bewährt.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp: Ohne Zustimmung der beteiligten Bundesstaaten könnte eine Maßnahme von so gewaltiger Tragweite in wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Beziehung wie die Vereinheitlichung der Eisenbahnen nicht zur Durchführung gebracht werden. Daß diese Zustimmung von einzelnen Bundesstaaten wie Preußen und Bayern zurzeit nicht zu erlangen ist, haben die bisherigen Debatten erwiesen.

Abg. Stöve (NL.): Die Herren, die so überzeugt sind von der Unzweckmäßigkeit der Vereinheitlichung der Eisenbahnen, sollten doch der Prüfung der Frage durch eine Fachkommission am wenigsten Widerstand entgegensetzen.

Abg. Freiherr v. Gamp (D. Fr.): Daß wir mit der heutigen Vereinheitlichung im deutschen Eisenbahnwesen noch nicht zum Abschluß gelangt sind, ist zweifellos. Auch zu erheblichen Ersparnissen werden wir nach dem Kriege kommen müssen.

Abg. Dr. Haegy (Els.) erklärt sich gegen die Resolution Ablaß, die doch nur einen Schlag in die Luft bedeutet.

Abg. Baudert (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Zustände der Thüringischen Kleinbahnen, wo die Angestellten ganz elend bezahlt würden. Darunter müsse die Betriebssicherheit leiden. Deshalb sollte der Präsident des Reichseisenbahnamts Einfluß, mindestens moralischen Einfluß zur Abänderung solcher Zustände ausüben.

Die Debatte schließt.

Ueber die Resolution Ablaß wird namentlich abgestimmt werden und zwar erst morgen, Dienstag.

Der Etat wird genehmigt.

Es folgt der

Etat des Reichsschatzamtes.

Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (NL.) befürwortet eine von allen Teilen beantragte Resolution, den Kriegsteilnehmern von 1870/71 und der vorangegangenen Feldzüge eine einmalige außerordentliche Zuwendung aus Reichsmitteln zu gewähren.

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr. (Anfragen, Steuergesetze.)

Schluß 7½ Uhr.

Steuerfragen im Hauptausschuß des Reichstages.

Am Sonnabend trat der Ausschuß in die zweite Lesung des Kriegssteuergesetzes ein. Zu dem Gesetz über den

Zuschlag zur Kriegssteuer

hatten die Sozialdemokraten wiederholt beantragt, den Zuschlag von 20 auf 33⅓ Proz. zu erhöhen. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Mumm wieder abgelehnt. Außerdem hatte Frhr. v. Gamp beantragt, den Zuschlag abzustufen. — Frhr. v. Gamp war nicht anwesend. Der Vorsitzende, Abg. Spahn, teilte mit, daß der Antrag zurückgezogen sei, ein Irrtum, den Frhr. v. Gamp später berichtigte. Die Sozialdemokraten nahmen den Antrag auf, soweit er eine Erhöhung des Zuschlages bezweckte.

Staatssekretär v. Roedern bezeichnete den Antrag als technisch undurchführbar und hat auch volkswirtschaftliche Bedenken, da selbst wenig Leistungsfähige unter Umständen getroffen werden könnten. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Abg. Mumm abgelehnt.

Hierauf sollte in die Beratung eines Antrages eingetreten werden, der die Besteuerung von Luxuswaren bezweckte und als Artikel 11 dem Entwurf über den Kriegszuschlag angefügt ist. — Die Sozialdemokraten erhoben dagegen Einspruch, daß jetzt diese Vorlage beraten werde. Die Vorlage sei ihnen erst unmittelbar vorher mitgeteilt worden, so daß es ihnen unmöglich sei, sich mit dem Inhalt vertraut zu machen. Ueberdies könnten die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses nicht ohne Einverständnis mit der Fraktion zu einem solchen Entwurf Stellung nehmen. Der Entwurf enthalte geradezu ungeheuerliche Vorschläge. Kleine Schmucksachen im Werte von 21 Mk., die zur Konfirmation oder bei anderen Gelegenheiten gekauft würden, sollten einer Kriegssteuer unterworfen werden. Das ist ein so unsinniger Gedanke, daß er nicht so leichter Hand angenommen werden könne. — Schließlich verständigte sich der Ausschuß dahin, daß der Antrag bis Mittwoch zurückgestellt wird. Inzwischen sollen die Fraktionen zum Antrage Stellung nehmen und dann soll erst darüber beschlossen werden, ob der Antrag in das Gesetz eingefügt werden oder als besonderer Initiativantrag der bürgerlichen Parteien erst an das Plenum gehen soll.

Beim Entwurf über die Verkehrssteuer wurde eingehend darüber gesprochen, ob der Verkehr auf den Landstraßen, namentlich durch solche Omnibusse, die in sehr schwach bevölkerten gebirgigen Gegenden nur mit Zuschüssen aus der Gemeinde und der Staatskasse erhalten werden können, auch der Besteuerung unterworfen werden soll. Die Sozialdemokraten und ein Teil des Zentrums traten dafür ein, daß unter allen Umständen hier die Besteuerung unterbleibe. Die Mehrheit nahm jedoch die Besteuerung auch für diese Fälle an. Ebenso entstand eine sehr eingehende Erörterung darüber, ob die Straßenbahn durch die Steuer belastet werden soll. Die Sozialdemokraten legten von neuem den Antrag vor, daß Fahrkarten bis zum Preise von 60 Pfg. und Zeitkarten, sofern der Preis der einzelnen Karte bis 60 Pfg. beträgt, von der Steuer freibleiben sollen. — Abg. Müller-Reichenbach (Soz.) trat entschieden für den Antrag ein. Er wies darauf hin, daß, was doch niemals vorgekommen ist, zwei Ausschüsse des Reichstages, der für Wohnungsfragen und der für Bevölkerungsangelegenheiten einstimmig beschlossen haben, den Hauptausschuß um die Ablehnung der Steuer auf Straßenbahnfahrkarten zu bitten.

Abg. Mumm (Deutsche Fr.) beantragt für den Fall, daß der Antrag der Sozialdemokraten abgelehnt werden sollte, daß mindestens die Fahrkarten bis zu 35 Pfg. von der Steuer freibleiben sollen. Jedoch wurde sowohl der Antrag der Sozialdemokraten als auch der Antrag Mumm gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Bei der Kohlensteuer verlangten die Sozialdemokraten Abstimmung über den ersten Paragraphen, der die grundsätzliche Entscheidung für diese Steuer bedeutet. Der § 1 wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Beim § 6 war in der ersten Lesung auf Antrag des Zentrums die Bestimmung eingefügt worden, daß die Steuer sich auf 15 v. H. für solche Kohlen ermäßigt, welche die Werke für Hausbrandzwecke auf Verlangen an Gemeinden und Gemeindeverbände nach näheren Bestimmungen des Bundesrats zum ersten Verkaufspreis zu liefern verpflichtet sind. Inzwischen aber ist das Zentrum umgefallen und hat zusammen mit den anderen Parteien folgende Verschlechterung des ursprünglichen Antrages eingebracht: Sofern Gemeinden oder Gemeindeverbände nach vom Bundesrat aufzustellenden Grundsätzen Einrichtungen treffen, die den Inhabern von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandkohle verbilligen, so werden die für diese Zwecke bezogenen Kohlen von der Steuer zur Hälfte befreit. Die Sozialdemokraten wendeten sich entschieden gegen den neuen Kompromißvorschlag der bürgerlichen Parteien, der so gut wie gar nichts bedeute; denn vor allen Dingen fehle hier 1. die Verpflichtung der Gemeinden, in dieser Weise für die minderbemittelten Leute zu sorgen, und 2. ist auch die Verpflichtung der Gruben gestrichen, an die Gemeinden unmittelbar zu liefern. Den Sozialdemokraten war der in der ersten Lesung angenommene Antrag des Zentrums nicht weit genug gegangen, und sie beantragten jetzt folgende Verbesserung: Die Werke dürfen die Preise der Kohle über den Stand vom 15. Februar 1917 zuzüglich der Steuer für die Dauer des Krieges nicht erhöhen. Spätere Erhöhungen bedürfen der Zustimmung des Reichskanzlers. — Die Werke sind verpflichtet, an Gemeinden und Gemeindeverbänden Kohle direkt zum ersten Verkaufspreis zu liefern; soweit diese Kohle von Gemeinden und Gemeindeverbänden an Minderbemittelte für Hausbrandzwecke abgegeben wird, ist sie steuerfrei. — Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, Einrichtungen zu treffen, die der minderbemittelten Bevölkerung den Bezug von Kohle für Hausbrandzwecke zu Höchstpreisen ermöglichen, die die ortsüblichen Preise vom 15. Februar 1917 nicht übersteigen. — Minderbemittelte im Sinne dieser Bestimmung sind Verbraucherfamilien in Gemeinden der Ortsklasse A bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 4000 Mk., der Ortsklasse B bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 3500 Mk., der Ortsklasse C bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 3000 Mk., der Ortsklasse D und E bei einem steuerbaren Jahreseinkommen bis zu 2500 Mk.

Von den Sozialdemokraten wiesen die Abgeordneten Dr. David und Hoch nach, daß der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien gerade die Bestimmung der früheren Beschlüsse nicht enthält, die von ausschlaggebender Bedeutung war. Der ganze Antrag habe keinen Wert, wenn nicht den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt werde, die nötigen Maßnahmen zum Bezuge der Kohlen zu treffen, und wenn nicht außerdem die Grubenbesitzer verpflichtet werden, den Gemeinden die Kohle zu den ersten Preisen zu liefern. Demnach kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der jetzt vorliegende Antrag gar keine praktische Bedeutung habe, daß er dem Volke nur leere Worte bietet und deshalb nichts als ein Schaugericht sei. Es sei unerhört, daß die bürgerlichen Parteien jetzt umfallen, nachdem das Grubenkapital und die Großhändler Sturm gelaufen sind gegen den Beschluß der ersten Lesung. Diese Kreise lassen sich alle von der Rücksicht auf ihre eigenen Vorteile leiten. Der Reichstag aber müsse auch die Lage der großen Masse des arbeitenden Volkes in Betracht ziehen. Von dem Zentrum gab Abg. Müller (Fulda) zu, daß der Begriff Kleinwohnungen ganz unbestimmt sei. Ferner wollte er für den vorliegenden Antrag dadurch Stimmung machen, daß er den Wunsch an den Staatssekretär aussprach, der Bundesrat möge sich in der Ausführung der Bestimmung wesentlich nach dem Inhalt des sozialdemokratischen Antrags richten. In der Tat scheine der sozialdemokratische Antrag im wesentlichen das Richtige zu treffen. Die Abgg. Erzberger (Z.) und ebenso Gothein (Fr. Vp.), Stöve (natl.), Graf v. Westarp (K.) und Wildgrube (K.) sprachen die Hoffnung aus, daß die Städter auf Grund des Kompromißantrages den Minderbemittelten billigere Kohlen liefern würden. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes erklärte, die vom Bundesrat auszustellenden Grundsätze könnten im einzelnen noch nicht angegeben werden. Er würde aber dem Wunsche Folge geben, daß bei der Bestimmung dessen, was als Kleinwohnung anzusehen ist, nicht engherzig vorgegangen wird. Das Reichsschatzamt werde in dieser Beziehung durchaus dem Wunsche der Städter entsprechen. Hierauf wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Abgg. Diesching (Fr. Vp.) und Mumm abgelehnt, und dann wurde der Kompromißantrag der bürgerlichen Parteien angenommen. Die übrigen Bestimmungen des Kohlensteuergesetzes wurden ohne nennenswerte Veränderungen nach dem Beschlusse der ersten Lesung angenommen.

Helft unsern Helden zu Wasser und zu Lande!
Zeichnet die 6. Kriegsanleihe!

Gewerkschaftsbewegung.

Beschäftigung von Textilarbeitern in der Landwirtschaft. Vom Kriegsamt und von verschiedenen Generalkommandos ist der Wunsch ausgedrückt resp. es sind Aufforderungen ergangen, die arbeitslosen Textilarbeiter möchten Arbeit in der Landwirtschaft nehmen, um auch ihrerseits dazu beizutragen, die Ernährung im neuen Jahre zu sichern. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes erkennt die Notwendigkeit der Verrichtung landwirtschaftlicher Arbeiten für alle dazu geeigneten Personen an, kann aber für die Textilarbeiter eine Verpflichtung zur Leistung solcher Arbeiten nur dann anerkennen, wenn die Vorbedingungen dazu gegeben sind: Entsprechende Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Erfahrungen, die im Vorjahre von Textilarbeiterinnen gemacht worden sind, mahnen zur Vorsicht, da hat es sozusagen an allem gefehlt. In primitiven, nicht heizbaren, oft von Ungeziefer besetzten Unterkunftsräumen mußten die Arbeiterinnen kampieren. Auch die Behandlung ließ oft sehr zu wünschen übrig. Von besonderer Wichtigkeit ist selbstverständlich die Lohnfrage und die der Arbeitszeit. Hier könnte dem Kriegsamt nur empfohlen werden, die Bedingungen, die der Magistrat von Augsburg voriges Jahr den Landwirten zum Schutze der Textilarbeiter auferlegte, für das ganze Reich als bindende zu erklären. Die Bedingungen lauteten:

1. Die Arbeit gilt nur als Aushilfsarbeit. Die Textilarbeiterinnen unterstehen deshalb nicht den Bestimmungen der Gesindeordnung. 2. Die Textilarbeiter erhalten an Lohn neben voller Kost und dem üblichen Bier: a) männliche Arbeiter 2,50 Mk. bis 3 Mk. täglich; b) weibliche Arbeiter 1,50 Mk. bis 2 Mk. täglich. 3. Die Textilarbeiter erhalten ein Drittel der bisher gezahlten Unterstützung weiter. 4. Der Magistrat machte den Landwirten zur Pflicht: a) auskömmliches und gutes Essen; b) Schlafstellen, die in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung einwandfrei sind, zu gewähren. 5. Die Arbeiter bleiben als freiwillig zahlende Mitglieder in ihrer bisherigen Krankenkasse und in derselben Klasse, in der sie vorher versichert waren. 6. Die Zeit, welche die Textilarbeiter in der Landwirtschaft arbeiten, wird in den bisherigen Betrieben als Arbeitszeit angerechnet. 7. Eine Vermittlung der arbeitslosen Textilarbeiter und -Arbeiterinnen nach weitab gelegenen großen Gütern und Domänen findet nicht statt.

Diese Bestimmungen wären zweckdienlich auf alle landwirtschaftlichen Betriebe des Reiches zu übertragen. Da auf großen Gütern volle Kost nicht immer gewährt wird, wäre in solchen Fällen für den weggefallenen Kostteil ein entsprechendes Deputat zu gewähren. Ausfallende Deputatsteile wären nach den jeweiligen Marktpreisen zu entschädigen. Als tägliche Arbeitszeit haben 10 Stunden zu gelten; für Ueberstunden ist Lohnzuschlag zu gewähren. Die Lohnzahlung hat wöchentlich zu erfolgen; als Kündigungsfrist wäre eine vierzehntägige vorgesehen. Nur wenn auf dieser Grundlage die Arbeitsbedingungen geregelt werden, ist der jetzt noch in Arbeiterkreisen vorhandene Widerstand zu beseitigen. Eine glatte und rasche Erledigung der hier geäußerten Wünsche dürfte im Interesse der Volksernährung geboten sein.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 27. März.

Die Bürgerschaft begann gestern abend die Beratung des Haushaltsplanes, den man vor dem Kriege als das Budget bezeichnete. Sie kam mit ihren Arbeiten jedoch nicht zum Abschluß, weil der Senat mit diesem Budget den Plan einer 20prozentigen Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise verbunden hatte, der ganz urplötzlich entstanden ist und nun im Blitzzugstempo ausgeführt werden soll.

Mit einer Besprechung der Monopolstellung der Hansa-Meierei auf dem Gebiete der Lübecker Milchversorgung setzte die Generaldebatte über den Haushaltsplan ein. Von den Herren Heise und Albers wurde der Hansa-Meierei besonders um deswillen manch' scharfes Wörtlein geflüstert, weil sie bemüht ist, die Holländer und Milchhändler um ihre selbständige Existenz zu bringen. Genosse Stelling erkannte an, daß die Zentralisierung der Milchversorgung gewiß ihre Vorteile hat, wenn sie aus gemeinnützigen Absichten erfolgt; hier handle es sich aber für die Hansa-Meierei darum, die lästige Konkurrenz zu beseitigen, um in der Preispolitik ungehindert zu sein. Die Stadt hätte die Milchversorgung selbst regeln sollen. Das höchst befremdende Auftreten eines Senatsmitgliedes und eines Mitgliedes des Ernährungsausschusses in einer Versammlung der Milchproduzenten, die gerade für die Milchverteuerung eintrat, fand allseitige Kritik. Von den Herrn Senatoren Dr. Neumann und Dr. Lienau wurde das Verhalten der Beteiligten zu rechtfertigen gesucht, während das Vorgehen der Hansa-Meierei und der Milchverwertungsgenossenschaft in den Herren Henk und Maack, die beide Interessenten in der Sache sind, Befürworter hatte. Als Ergebnis der Aussprache gelangte ein Antrag zur Annahme, durch den der Senat ersucht wird, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die bisherige Selbständigkeit der Holländer erhalten bleibt.

Hierauf wurde auf Antrag Dr. Langenheim beschlossen, den Senat zu ersuchen, den Vertreter Lübecks im Bundesrat anzuweisen, gegen die Besteuerung der Personenfahrkarten bis zu 25 Pfg. einzutreten. Wir halten die ganze Verkehrssteuer für falsch und lehnen sie deshalb ab.

Dann nahm Genosse Stelling das Wort, um in großzügiger Rede die Forderungen nach einem gerechten Wahlrecht, nach einer durchgreifenden Schulreform, nach einer wirklich zeitgemäßen Wohnungspolitik zu erheben und zu begründen. Ferner verlangte er die Schaffung einer Arbeiterkammer und regte an, sich schon jetzt mit den Fragen der Uebergangswirtschaft zu beschäftigen. Bezeichnend ist es, daß vom Senatstisch zu all diesen außerordentlich wichtigen Dingen geschwiegen wurde. Daraus ist wohl zu entnehmen, daß unsere Regierung sich noch nicht damit beschäftigt hat, wenigstens nicht in der Weise, daß wir hier bald etwas von einer sogenannten Neuorientierung spüren werden. Doch täusche man sich nicht darüber, daß der Krieg den Willen nach Gleichberechtigung in den Arbeitern mächtig gestärkt hat. Angenommen wurde ein Antrag von Aug. Pape, der die Schmälerung des Wahlrechts der Kriegsteilnehmer verhindern soll, und ein Antrag Schulmerich, der baldige Behebung des Mangels an Kleinwohnungen bezweckt.

In der Spezialberatung wurden mancherlei Wünsche vorgebracht und Kritik geübt. Genosse Hoff kritisierte scharf die übermäßig hohen Holzpreise, die sogar von der staatlichen Forstverwaltung genommen worden sind. Auch die Radfahrabgabe erfuhr eine Besprechung.

Von großer Bedeutung ist, wie schon erwähnt, die Erhöhung der Preise für Gas und Elektrizität, die von Herrn Direktor Dose und verschiedenen Senatskommissaren vertreten wurde. Unsere Genossen Hoff und Henze wandten sich entschieden gegen die Annahme dieser Vorlage ohne eingehende Prüfung und führten für ihre Anschauungen sehr triftige Gründe ins Feld. Hoff beantragte die Überweisung der Vorlage an eine Kommission. Dieser Antrag und die Bedenken gegen die Senatsvorlage wurden noch von bürgerlichen Vertretern unterstützt. Andere stellten sich auf den Standpunkt des Senates. Bevor es zur Abstimmung kam, bezweifelte Herr G. Reimpell die Beschlußfähigkeit des Hauses, weil er wohl befürchtete, daß der Antrag Hoff angenommen werden könnte.

Die Beratungen mußten deshalb um 11 Uhr abgebrochen werden; sie werden heute abend 6 Uhr fortgesetzt.

Das Vermögenssteuergesetz in der von der Bürgerschaft beschlossenen Form, die für Vermögen bis 300 000 Mk. einen Steuersatz von 50 Pfg. pro Tausend Mark, für das darüber hinausgehende Vermögen 1 Mk. pro 1000 Mk. vorsieht, hat nunmehr die Zustimmung des Senates gefunden und wird heute im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht. Es tritt mit dem 1. April d. J. in Kraft.

Anmeldung zur Landsturmrolle. Sämtliche Angehörige des unausgebildeten Landsturms 1. Aufgebots, die in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 31. März 1900 geboren sind, werden hiermit aufgefordert, sich in der Zeit vom 2. bis einschließlich 4. April 1917, vormittags von 9—1 Uhr, bei nachstehend aufgeführten Meldestellen zur Landsturmrolle anzumelden. Es haben sich zu melden: 1. aus den Landgemeinden: Bei dem Polizeibezirk in Russe: Die Mannschaften aus den Gemeinden Russe, Poggensee, Ritzerau. Bei dem Polizeibezirk in Groß-Schretstaken: Die Mannschaften aus den Gemeinden Groß-Schretstaken, Klein-Schretstaken und Tramm. Bei dem Polizeibezirk in Harmsdorf: Die Mannschaften aus den Gemeinden Albsfelde, Behlendorf, Düchelsdorf, Giesensdorf, Harmsdorf, Hollenbek und Sierksrade. Bei dem Polizeibezirk in Travemünde: Die Mannschaften aus Travemünde, Gneversdorf und den Landgeminden Brodten, Ivendorf, Rönnau und Teutendorf. Bei dem Polizeibezirk in Schlutup: Die Mannschaften aus Schlutup. Bei dem Polizeibezirk in Kurau: Die Mannschaften aus den Gemeinden Kurau, Dissau und Malkendorf. Bei dem Polizeibezirk in Kücknitz: Die Mannschaften aus Kücknitz und den Landgemeinden Dummersdorf, Pöppendorf, Herrenwyk und Siems. 2. die in der Stadt Lübeck nebst Vorstädten und den vorstehend nicht genannten Gemeinden wohnhaften Mannschaften in Lübeck im Geschäftszimmer der Ersatzkommission, Mengstraße 6, I. Stock. Bei der Anmeldung haben diejenigen Mannschaften, welche im lübeckischen Staatsgebiete nicht geboren sind, einen Geburtsschein vorzulegen. Geburtsscheine, gültig für Militärzwecke, werden beim Standesamt des Geburtsortes kostenfrei ausgestellt.

Vaterländischer Hilfsdienst. Die Kriegsamtsstelle schreibt uns: Aus zahlreichen Anträgen, die täglich an die Kriegsamtsstelle gerichtet werden, ergibt sich, daß in den beteiligten Kreisen Unklarheit über die Pflicht zur Anmeldung gemäß Bundesrats-Verordnung vom 1. März 1917 betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst herrscht.

Einerseits scheinen viele Personen der Ansicht zu sein, daß, wenn sie sich schon früher, sei es bei einer militärischen Stelle, sei es bei einer Hilfsdienst-Meldestelle zum vaterländischen Hilfsdienst gemeldet haben, sie damit auch ihrer Verpflichtung zur Meldung gemäß Bundesratsverordnung vom 1. März 1917 nachgekommen sind. Diese Auffassung ist durchaus verfehlt. In der Bundesratsverordnung ist klar zum Ausdruck gebracht, welche Personen zwischen dem 47. und 60. Lebensjahr sich zum vaterländischen Hilfsdienst anzumelden haben. Diese Meldungen werden nicht bei der Hilfsdienst-Meldestelle erstattet, sondern bei denjenigen Behörden, die von der Landeszentralbehörde ausdrücklich zur Entgegennahme dieser Meldungen bestimmt sind. Weitere Ausnahmen, als die in der Bundesratsverordnung selbst enthalten sind, sind von der Kriegsamtsstelle für den Bezirk des 9. Armeekorps nicht gemacht. Jeder wird daher eingehend zu prüfen haben, ob er seiner Meldepflicht auch bereits nachgekommen ist und sonst umgehend zu der von der Ortsbehörde bestimmten Zeit seine Meldung zu erstatten haben. Unterlassung der Meldung macht strafbar.

Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß diese Meldung keine weitere Folge hat, als etwa die militärische Meldung zur Stammrolle. Die Meldung bezweckt lediglich eine Uebersicht über die zur Verfügung stehenden Hilfsdienstpflichtigen zu gewinnen. Es ist weder davon die Rede, daß nun die Hilfsdienstpflichtigen auf Grund ihrer Meldung sofort eingezogen werden, wie es etwa mit Militärpersonen geschehen kann, noch kann davon die Rede sein, daß ohne Unterschied aller Leute, die in den Listen aufgenommen sind, nun auch zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen werden. Insbesondere ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Kriegsamtsstelle durchaus nicht der Ansicht ist, daß kriegswichtige Betriebe außer den in § 5 Ziffer 1—10 der Bundesratsverordnung aufgeführt, im Korpsbezirk nicht vorhanden sind. Die Entscheidung darüber, ob ein einzelner Betrieb kriegswichtig ist, wird in keiner Weise davon berührt, daß die in den betreffenden Betrieben tätigen Personen von der Anmeldepflicht nicht befreit sind, sondern sich ebenso wie alle anderen vor dem 1. April zum vaterländischen Hilfsdienst zu melden haben.

Meldepflicht und vaterländischer Hilfsdienst. Am Freitag, dem 30. März 1917, läuft die Meldefrist für die Hilfsdienstpflichtigen ab. Alle diejenigen Meldepflichtigen, die aus irgend einem Grunde bisher ihre Anmeldung unterlassen haben, werden nochmals an ihre Meldepflicht erinnert und darauf aufmerksam gemacht, daß sie die bisher unterlassene Meldung am Freitag, dem 30. März 1917, mittags zwischen 12 und 2 Uhr und nachmittags zwischen 6 und 8 Uhr, beim Stadt- und Landamt, Abt. III, Parade 1, nachholen müssen, wofern sie sich nicht schwerer Bestrafung aussetzen wollen.

Hausgreuel! In allen Haushaltungen befinden sich sogenannte „Nippes", Figuren klein und groß, Schalen und Schälchen, Vasen und Büchsen, Kissen mit der gestickten Warnung: „Nur ein Viertelstündchen" u. a., Wandteller, Krüge und vieles andere, das infolge Geschmacksverfeinerung seinen dekorativen Diensten entzogen wurde oder wert ist, ihnen entzogen zu werden. Für alle diese Sachen hat die Kriegs-Brockensammlung einen sehr dringenden Bedarf, da sie die in diesen „Hausgreueln" steckenden Materialien frei machen soll. Die jugendlichen Sammler werden aufgefordert, auf dieses Zeug Jagd zu machen. Die Bewertung in Gutscheinen läßt sich nicht allgemein festsetzen; sie wird von Fall zu Fall entschieden. Sammelstelle sind ausschließlich die Salzspeicher am Holstentor. Während der Aufräumungsarbeiten unter den Hausgreueln werden manche Hausfrauen Platinstifte finden — Erinnerungen an die schöne Zeit der Brandmalerei. Diese Stifte werden von der Kriegsbrockensammlung ungewöhnlich hoch bewertet; sie vergütet für 1 Gramm Gewicht 200 Gutscheine. — Die sich aus dieser Sonder-Sammlung ergebenden Mittel sollen für die Entsendung von Kindern in die Ferienkolonien verwendet werden. Die Kriegs-Brockensammlung bittet, sie bei dieser Sammlung ebenso verständnisvoll unterstützen zu wollen, wie es bei der letzten Papiersammlung geschah.

Handelsregister. Am 24. März 1917 ist eingetragen bei der Firma Rudolph Karstadt in Lübeck: Durch den am 18. Januar 1917 erfolgten Tod des Gesellschafters Richard Johannes Heinrich Strahl ist die Gesellschaft aufgelöst. Eine Liquidation findet nicht statt. Der bisherige Gesellschafter Rudolph Karstadt, Kaufmann in Hamburg, hat die Firma mit Aktiven und Passiven als Alleininhaber übernommen.

Stadttheater. Man schreibt uns: Donnerstag wird die berühmte Sängerin von der Kgl. Hofoper in Berlin Barbara Kieley-Kemp vor dem Lübecker Publikum ihre Glanzpartie zu Gehör bringen. Zur Aufführung gelangt die Verdische Oper „Aida", die von Oberspielleiter Brischke und Kapellmeister Wegler neu einstudiert wird. Die Titelpartie singt Frau Kieley-Kemp, die Amneris Frl. Meisner, den Radames Herr Jahn, den

Amonasro Herr Kondracki, den Oberpriester Herr Szancer, den König Herr Schumacher, die Priesterin Frl. Sajitz. Die vorkommenden Tänze sind von der Ballettmeisterin Lissy Maudrik einstudiert.

Volkstümliches Konzert. Der große Erfolg, den der erste nordische Abend bei den Besuchern der volkstümlichen Konzerte gefunden hat, hat Herrn Dr. Göhler veranlaßt, ihm einen zweiten folgen zu lassen, der wieder aus dem reinen und gesunden Musikstrom unserer nordischen Stammverwandten gespeist wird. Sibelius mit seiner Legende „Der Schwan von Tuonela", Järnefelt, Tor Aulin und Svendsen mit kleineren Stücken. Alfven mit seiner famosen schwedischen Rhapsodie „Sonnenwendfeier", Grieg mit drei Stücken aus „Sigurd Jorsalfar" und den bekannten zwei elegischen Melodien und schließlich Svendsen mit seiner Festpolonaise tragen die künstlerischen Kosten des Abends.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Am kommenden Sonnabend schließt die Operettenspielzeit im Hansa-Theater und finden im Laufe dieser Woche noch einige Wiederholungen der beliebtesten Operetten statt. Dienstag, den 27. März, bringt uns „Die Dollarprinzessin". Mittwoch und Donnerstag zieht „Der fidele Bauer" über die Bühne. Am Freitag folgt „Walzertraum" und die Schluß- und Abschiedsvorstellung bildet am Sonnabend die so beliebte „Förster-Christel". Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß die Freikarten für Reklameaushang nur noch bis zum Sonnabend dieser Woche Gültigkeit haben.

pb. **Diebstähle.** Aus einem hiesigen Hutgeschäft sind in den letzten Wochen 6 dunkelgrüne und 7 braune weiche Filzhüte, sowie ein brauner Muff und Boa und eine lederne Reisetasche gestohlen worden. Personen, die über den Verbleib der Sachen Auskunft geben können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden. — Am Sonntag, dem 18. ds. Mts., ist einem achtjährigen Knaben, als er ein hiesiges Kinematographen-Theater besuchte, eine Biber-Pelzmütze mit hellbrauner Einfassung und schwarzem Kopf gestohlen worden.

Hamburg. Verhafteter Raubmörder. Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Arlsberg ermittelte und verhaftete die Hamburger Kriminalpolizei einen Monteur. Er wird beschuldigt, am 19. März im Walde bei Förde den bei einer Firma in Ohliges angestellten Reisenden Grah ermordet und seiner Barschaft in Höhe von 3000 Mark beraubt zu haben. Die noch nicht verhaftete Ehefrau des Monteurs wird wie folgt beschrieben: schwarzes Haar, tiefschwarze, kleine, geschlitzte Augen, breiter Mund, dicke Lippe. Bekleidet war sie mit braunem, pelzbesetztem Sammetkleid, an der linken Hand trug sie drei Brillantringe, an der rechten einen Trauring.

Kiel. Ein Erfolg der Organisation. Die Angestellten der Kieler Straßenbahn, die erst kürzlich die Anerkennung der Organisation bei der Gesellschaft durchsetzten, haben jetzt auch einen materiellen Erfolg zu verzeichnen. Nach längeren Verhandlungen gestand die Direktion für die männlichen Angestellten eine Lohnzulage von 15 ℳ im Monat, für die weiblichen eine solche von 40 Pfg. täglich zu. Für Arbeit an freien Tagen soll noch eine besondere Lohnzulage von 5 Pfg. für die Stunde gezahlt werden.

Theater und Musik

Das siebente Sinfonie-Konzert des Vereins der Musikfreunde wies am letzten Sonnabend auf seinem Programm drei Werke auf, die hier bisher noch nicht zu Gehör gebracht waren. Der junge Wiener Komponist Korngold, dessen Opern „Violanta" und „Der Ring des Polykrates" gegenwärtig die Runde über viele deutsche Bühnen machen, war mit einer viersätzigen als „Sinfoniette" bezeichneten Komposition vertreten, die er bereits als Vierzehnjähriger geschaffen hat. Ganz erstaunlich ist es, wie der Knabe die Technik beherrscht und für seine Absichten die klangschönsten Ausdrucksmittel gefunden hat. Alles ist in zarten Wohllaut getaucht und von großer Lieblichkeit, wie sie jugendliche Herzen umspielt, die die rauhe Hand des Schicksals noch nicht kennen gelernt haben. Erstmalig hörte man am Sonnabend ferner die erste Sinfonie unseres ausgezeichneten Dirigenten Herrn Dr. Göhler, der damit zeigt, daß ihm auch als Schaffenden ein Platz in der vorderen Reihe der jetzt lebenden Musiker gebührt. Göhler bemerkt selbst, daß diese Sinfonie die Welt durchaus vom Gesichtspunkte des deutschen Jünglings ansieht, für den der Glaube an den Sieg des Idealismus das A und O der Weltauffassung ist. Sie sei als Nicht-Programm-Sinfonie im Grunde genommen ein Stück Welt, gesehen durch ein Temperament. Göhler war erst 22 Jahre alt, als sein Werk entstand. Dennoch offenbart es einen großen Reichtum an Gestaltungskraft, Erfindungsgabe und an musikalischen Gedanken, daß es geradezu auffällig erscheint, wenn es so selten in deutschen Konzertsälen erklingt. Hohes Lob verdient das Orchester für die prachtvolle Wiedergabe beider Kompositionen unter Göhlers überlegener Leitung. Dazwischen hörte man Tschaikowskys schönes Violinkonzert in D-dur, das von Herrn Szanto hervorragend gespielt wurde. Es gab für alle Beteiligten reichen Beifall.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Wo Nahrungsmittel vorhanden sind.

Kürzlich war im „Volksboten" der Brief eines Feldgrauen abgedruckt, in welchem er recht drastisch einen bei seiner Truppe dienenden pommerschen Bauern schilderte, der, trotzdem dieser regelmäßig Fett- und Wurstpakete von seiner Frau erhielt, eifrigst darauf bedacht war, bei der Ausgabe von Lebensmitteln an die Mannschaft noch besonders gut abzuschneiden, statt zugunsten seiner schlechter gestellten Kameraden darauf teilweise zu verzichten. — Dazu folgendes Seitenstück: War da während meiner Militärzeit in M. im vorigen Jahre in meiner Kompagnie ein dicker Bauer, seines Zeichens Ortsvorsteher eines schleswig-holsteinischen Dorfes. Auch dieser erhielt regelmäßig seine Fett- und Wurstpakete aus der Heimat. Nun wurden die Landwirte öfter auf mehrere Wochen zu landwirtschaftlichen Arbeiten beurlaubt. Dieser Urlaub wurde oft unverhofft erteilt. So wurde eines Abends auch unserm „Freund" die Mitteilung, daß er am andern Tage auf Urlaub fahren könne. Auf der Stube angekommen, gebrauchte er seinen Kameraden gegenüber die „klassischen" Worte: „Et is doch 'ne Schweinerei! Ne heww' ick erst vörn poor Dag een Paket von min Fru kregen und schall morgen up Urlaub fohr'n, nu kann ick mi dat mit Gewalt rinnerprampsen!" Daß er hätte zu seinen Kameraden — unter diesen waren auch recht Bedürftige — gesagt: „Da teilt Euch das, denn wozu soll ich das wieder mit nach Hause nehmen", nein, soweit reichte die Kameradschaft dieses „Gemütsmenschen" nicht. Auch bei den anderen zahlreichen zwischen uns vertretenen schleswig-holsteinischen Bauern beobachteten wir, daß sie regelmäßig von zu Hause mit Fett, Wurst usw. reichlich versehen wurden. Wir, die wir uns meist mit Marmelade begnügen mußten, da unsere auf die kümmerliche Kriegsunterstützung — zum Sterben zu viel, zum Sattessen zu wenig — angewiesenen Familienangehörigen uns nicht in gleicher Weise unterstützen konnten, hatten oft eigenartige Gedanken über die angeblich göttliche Weltordnung.

H. R.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamts, betreffend die Ausgabe von Speisemarken, vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angeordnet:

Die Ausgabe der Speisemarken für den Monat April 1917 erfolgt am 28. und 29. März 1917 in der Zeit von 8 bis 11 Uhr vormittags und 3 bis 8 Uhr nachmittags in der Börse, Eingang vom Markt, und zwar:

Am 28. März an die Personen, deren Name anfängt mit den Buchstaben A—K,
am 29. März an die Personen, deren Name anfängt mit den Buchstaben L—Z.

Für den Monat April werden im Höchstfalle 4 Hefte zu 16 Marken, deren Gültigkeit zeitlich nicht beschränkt ist, **ausgegeben.**

Zur Erlangung je eines Heftes sind abzugeben:
I. Einer der vier für den Monat April für **Mühlenfabrikate** gültigen Abschnitte D VI, F V, G VI und G VII des Lebensmittelbuches,
II. Einer der zum Bezuge von **Zucker** im Monat April gültigen Abschnitte S IV bis S IX des Lebensmittelbuches und
III. Sechs der Unterabschnitte 1 bis 10 der Abschnitte 20 bis 22 der **Kartoffelkarte.** Selbstversorger und Personen, welche auf die Abschnitte 20 bis 22 Kartoffeln bereits bezogen haben erhalten gegen Ablieferung von 3 Pfund zur menschlichen Nahrung geeigneter Kartoffeln für jedes Speisemarkenheft gegen Empfang des Tagespreises in der Städtischen Kartoffelstelle, Königstraße 13, I. einen entsprechenden Ausweis.

Wenn nicht für alle Personen, welche ein gemeinschaftliches Lebensmittelbuch haben, Speisemarken entnommen werden sollen, ist für die Person, für welche Speisemarken verlangt werden, die Ausstellung eines besonderen Lebensmittelbuches in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69, unter Umtausch des vorhandenen Lebensmittelbuches zu beantragen.

Vom 30. März ab erfolgt die Ausgabe von Speisemarken wieder regelmäßig in der Geschäftsstelle des Polizeiamts, Königstraße 69.

Die Ausgabe von Speisemarken für auswärts wohnhafte Personen, welche hier in fester Arbeit stehen, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Verteilungsstelle, Breite Straße 65, II. Zimmer 10.

Lübeck, den 24. März 1917. 8138

Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamtes zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Es werden Aerzte für den vaterländischen Hilfsdienst gesucht. Meldungen mit genauen Angaben (Geburtsjahr, Familienverhältnis, Militärverhältnis, Ort der Praxis, Zeit des Eintritts in den vaterländischen Hilfsdienst, ob nur am Wohnort oder in der Heimat oder auch auswärts, Etappe, General-Gouvernement Belgien, Polen erwünscht) sind an die

Kriegsamtstelle Altona, Flottbeker Chaussee 99

zu richten. (8147

Altona, den 24. März 1917.

Kriegsamtstelle Altona.

Städtische Obst- und Gemüsestelle.

Verkauf in der Markthalle vom Mittwoch, dem 28. März 1917 an: 8149

Ausländische Speisewurzeln 35 Pfg.
das Pfund bei Abgabe bis zu 5 Pfund.

Kriegs-Brockensammlung
Lübeck
Sammelstelle: **Salzspeicher.**

Sammelt
Hausgreuel
(alte Nippsachen aller Art)
Gutschein-Bewertung von Fall zu Fall.
Platinstifte
1 g = 200 Gutscheine.

8140

„Unsere Marine" Zigarette
Trustfrei
3 Pf.
einschliesslich Kriegsaufschlag
Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten.
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft
8169

Am Sonntag abend 10 Uhr entschlief sanft nach langem schwerem, in Geduld getragenem Leiden in seinem 38. Lebensjahre mein herzensguter Mann, meiner 6 Kinder treusorgender Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Neffe und Onkel, der Hafenarbeiter (8150

H. Hahn.

Tief betrauert u. schmerzlich vermißt von seiner Frau
Ida Hahn geb. **Bartels**
nebst Kindern und allen Angehörigen.

Die Trauerfeier beginnt am Freitag 2¼ Uhr in der Kapelle des Vorwerker Friedhofes.

Deutscher
Buchbinder-Verband
Zahlstelle Lübeck.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 21. März unser langjähriger treuer Kollege, der Unteroffizier

Eduard Meyer.

Wir werden sein Andenken treu bewahren.

8151) **Der Vorstand.**

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Außerordentliche
General-Versammlung
am Mittwoch, dem 28. März 1917, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
Bewilligung von Mitteln zur Anlage einer Getreide-Entkeimung.
Anteilscheine legitimieren.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei, e. G. m. b. H.
Der Vorstand. 8145

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.

Am Sonnabend, dem 24. März, starb unser Mitglied, der Kollege

J. Fischer.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 30. März, nachmittags 2 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Die Mitglieder versammeln sich zur Teilnahme an derselben nachmittags 1½ Uhr beim „Weißen Hirsch".

8152) **Die Ortsverwaltung.**

Vorträge der Oberschulbehörde.
Schulrat Prof. Dr. Wychgram:
Das Problem der Einheitsschule unter sozialpolitischem u. unterrichtlichem Gesichtspunkte.

Zwei Vorträge: (8137
Mittwoch, den 28. März, und
Donnerstag, den 29. März
abends 8¼ Uhr
in der Aula des **Johanneums.**

Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Verein der Musikfreunde.

26. volkstüml. Konzert
Mittwoch, den 28. März
abends 8 Uhr, in der Stadthalle.
Leitung: Dr. Georg Göhler.
8136

Nordischer Abend.
Sibelius: Schwan v. Turnela. Järnefelt: Praeludium. Svendsen: Schwed. Volksmelodien. Aulin: Volksfest. Alfvén: Midsommarvaka. Grieg: Sigurd Jorsalfar und Eleg. Melodien. Svendsen: Fest-Polonäse.

Visitenkarten
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Stadttheater. 8142

Dienstag, d. 27. März 1917:
Gastspiel von **Hilde Coste** v. Kgl. Schauspielhaus Berlin:
Liebe.
Eine Tragödie v. A. Wildgans.
Frau Anna . . . Hilde Coste.

Mittwoch, den 28. März 1917
Die Csárdásfürstin
Anfang der Vorstellungen 7½ Uhr.

Donnerstag, den 29. März 1917
Anfang 7 Uhr.
Einmaliges Gastspiel von
Barbara Miekley-Kemp
v. d. Kgl. Hofoper Berlin als
Aïda.
Oper von G. Verdi.

Ganz unerwartet starb an einem Schlaganfall mein lieber Mann u. Stiefvater, der Stuhlmacher

Wilh. Bahrs

im 75. Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Kindern und Enkelkindern. (8146

Im Namen der Hinterbliebenen
L. Stapelfeldt u. Frau nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am 29. März, vorm. 9 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Laufjunge
15 Jahre alt, gesucht. (8134
[illegible], Mühlenstr. 11, [illegible]

[illegible] Parterre-Zimmer [illegible] an 1 oder 2 Herren.
8148) [illegible] Allee 50 [illegible] I.

[illegible] Klappsportwagen zu verk. [illegible] I. L. (8141

Patent-Büro
Wilh. Graefe, Lübeck
Schüsselbuden 18.
Besorg. und Verwert. von Patenten, Gebrauchsmustern und Warenzeichen. (8153

Gemüsesämereien
Prima Pflanz-Zwiebel
Gemüsedünger (8155
Hühnerfutter und Futterkalk
Gras- und Weiße-Klee-Samen
Vogelfutter empfiehlt
Schelin & Wege Nachf.,
Wilh. Vauert, Mengstr. 10

Haupt-Versammlung
am Mittwoch, dem 28. März
abends 8 Uhr
im Bürgerverein, Königstr. 25

Tagesordnung:
Jahresbericht, Rechnungsablage, Wahl von Vorstandsmitgliedern und einem Rechnungsprüfer. 8144

Hansa-Theater. 8118
Dienstag, den 27. März
abends 7½ Uhr:
Die Dollarprinzessin.

Nr. 73
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag,
den 27. März 1917

Versammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 26. März.

Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 35 Minuten. Er bedauert das unpünktliche Erscheinen mancher Bürgerschaftsmitglieder und ersucht um Besserung, damit die Verhandlungen rechtzeitig beginnen können.

1. Antrag: **Haushaltsplan der freien und Hansestadt Lübeck für das Rechnungsjahr 1917.**

Dimpker spricht als Vorsitzender der Kommission für den Haushaltsplan seine Anerkennung für die Arbeit aus. Es sei nichts Ueberflüssiges darin enthalten.

Heise fragt, ob es richtig sei, der Hansameierei jetzt ein Monopol einzuräumen und den Stand der Holländer und Milchhändler gerade in jetziger Zeit auszuschalten. Der Gewerkverein habe sich für die Holländer eingesetzt und eine Eingabe an das Generalkommando gerichtet. Der Vertrag, der den Holländern vorgelegt werde, könne keiner unterschreiben, da er unhaltbare Bestimmungen enthalte. Wenn auch unsere Behörden den Wunsch hätten, den Milchhandel zu zentralisieren, so dürfe man die zum Teil im Felde stehenden Milchhändler und deren Frauen doch nicht mit diesen Maßnahmen brotlos machen. Die Hansameierei bestehe nicht einmal aus lauter lübischen Genossenschaftern, mehr als die Hälfte des Geldes sei fremdes Kapital. Besser würden die Milchkonsumenten durch die Hansameierei keinesfalls bedient, als es durch die Holländer geschehen sei. Redner stellt einen Antrag, der Senat möge dafür sorgen, daß der Holländer-Stand hier erhalten bleibe.

Senator Dr. Neumann betont, er sei nicht in der Lage zu der Frage Stellung nehmen zu können, ehe vom Generalkommando eine Entscheidung gefallen sei.

Albers wundert sich, daß dann ein anderer Senatskommissar einseitig an der Interessentenversammlung der Hansameierei teilgenommen habe und letzterer dort öffentlich den Dank ausgesprochen habe. Wer bisher von der Hansameierei mit Milch versorgt wurde, sei zu bedauern gewesen. Vom Direktor der Hansameierei sollte man mehr Sachlichkeit verlangen.

Senator Dr. Neumann erklärt, daß zur Zeit der Anwesenheit des betr. Senatskommissars in der Versammlung die Beschwerde noch nicht beim Generalkommando anhängig gemacht gewesen sei. Die Frage der Milchversorgung hänge nicht von Stimmungen ab, sie sei sehr weitverzweigt und schwierig.

Henk glaubt nicht, daß wir in der Milchfrage einig würden. Die Landwirte wollten mit großen Opfern Lübeck mit Milch versorgen und glaubten dies durch die Zentralisation die Hansameierei am besten zu können.

Stelling: Ueber die Frage, ob durch Zentralisation im Rahmen einer Stadt die Versorgung besser geregelt werden kann, kann man verschiedener Meinung sein. Im allgemeinen glaube ich, daß die Zentralisation große Vorteile mit sich bringt. Bedingung ist jedoch, daß die Monopolstellung nicht zur Ausbeutung der Konsumenten in der Preisforderung ausgenutzt wird. Die Art der Zentralisation durch die Hansameierei kann ich allerdings nicht als ideal bezeichnen und nur lebhaft bedauern, daß man in einer Zeit, wo die Existenzmöglichkeit immer mehr erschwert wird, einer Reihe von Leuten die Möglichkeit nimmt, ihrem Broterwerb in bisheriger Weise nachzugehen. Von 120 Holländern befinden sich 57 im Felde, die nun brotlos werden sollen, zwar wird behauptet, den Leuten biete sich auf Grund des Vertrages, die Möglichkeit einer weiteren sehr lohnenden Beschäftigung bei der Hansameierei. (Zuruf Henk: Sehr richtig!) Nach meiner Auffassung verstößt dieser Vertrag jedoch gegen die guten Sitten, (Zuruf links: Sehr richtig!) er enthält nur Pflichten und wenig Rechte, einer richterlichen Nachprüfung hält er nicht stand. Dem Gewerkverein gebührt Dank dafür, daß er die Abschrift der Eingabe an das Generalkommando uns überwiesen hat. Dadurch hat man auch Einblick in die Vorgeschichte der Milchpreiserhöhung gewonnen. Zunächst wollte man nur 4 Pfg. aufschlagen mit der Begründung, sie würden dem Handel zugute kommen. Nachher suchte man nach anderen Gründen, um den Milchpreis zu erhöhen. Jetzt sagt man, die Arbeitsfreudigkeit der in Frage kommenden Schichten soll gehoben werden, und das will man erreichen durch hohe Preise. Die Landwirte behaupten, nur mit großen Opfern Lübeck mit Milch versorgen zu können, (Henk: Sehr richtig!) demgegenüber bin ich der Meinung, daß diese großen Opfer nicht gebracht werden von den Produzenten, sondern von einem großen Teile der Konsumenten und zu einem nicht geringen Teile vom Staat, der Minderbemittelten Zuschüsse gewährt. Das sind die Opfer! Ich möchte den Herren Landwirten den Rat geben, nicht immer von den großen Opfern zu reden. In Neustadt in Holstein bezeichnete man es als unerhört als 24 Pfg. für das Liter Milch gefordert wurden und alle Kreise legten dagegen Verwahrung ein. Hier müssen 30 und 32 Pfennig, für Mager- und Buttermilch, die früher 6 Pfg. und weniger kosteten, 20 Pfg. bezahlt werden. Dem Antrag des Herrn Heise können wir nur zustimmen, wie ich Herrn Albers darin unterstütze, daß es zu verurteilen ist, wenn Vertreter des Senates und Ernährungsausschusses in jener Interessenten-Versammlung erschienen sind, wo man die Bürgerschaft und deren Vertreter nach allen Regeln der Kunst beschimpft hat. (Widerspruch.) Die Tatsache ist einmal nicht aus der Welt zu schaffen, daß Senatsvertreter dort erschienen sind und die ganze Frage der Milchpreiserhöhung dadurch ein anderes Gesicht erhalten hat. (Zuruf links: Sehr richtig!) Es muß durch den Staat versucht werden, die Monopolstellung der Hansameierei zu verhindern, denn dieser Krieg geht hoffentlich recht bald zu Ende und wenn dann nicht andere Verhältnisse Platz gegriffen haben, sind wir auf Gnade und Ungnade dieser einen Milchlieferantin ausgeliefert. Deshalb müssen von Staats wegen Maßnahmen ergriffen werden, wie es andere Städte, z. B. Straßburg und Frankfurt a. M. taten, die städtische Milchwirtschaften einrichteten. Es erwachsen zuerst recht große Kosten und manche Bedenken sprechen dagegen, aber diese lassen sich beseitigen; wir haben ja auch in den letzten Monaten trübe Erfahrungen genug gemacht, wo stillende Mütter und Säuglinge ohne Milch geblieben sind. Das sind Erscheinungen, die auch wiederkehren werden, wenn wir keinen Krieg haben. Die angeführten Städte haben in der städtischen Milchproduktion gute Fortschritte erzielt. Frankfurt liefert jetzt täglich 5000 Liter städtische Milch für Säuglinge und stillende Mütter. Uns allen muß daran gelegen sein, deren Ernährung und Versorgung mit Milch sicherzustellen. Wir haben ja städtische Güter, die verpachtet sind und auf denen man ja zur eigenen Milchproduktion übergehen kann. Die Sache ist gar nicht so schlimm, wie man glaubt. Unsere städtische Schweinezucht konnte sich auch sehen lassen und hätte uns bei Weiterführung noch mancherlei Gutes gerade in dieser Zeit gebracht. Diese Fragen müßten alle geprüft werden; nicht nur vom sozialen, sondern auch von dem Gesichtspunkte aus, eventuell eine Monopolstellung der Hansameierei zu verhüten.

Senator Dr. Neumann stellt richtig, daß der betr. Senator in jener Versammlung nicht mehr zugegen war, als unpassende Aeußerungen gegen die Bürgerschaftsmitglieder gefallen waren. Im übrigen glaubt der Redner, daß eine Konkurrenz der Hansameierei eventuell erstehen solle, doch könne sich die Stadt damit nicht befassen.

Heise erhebt gegen die Zentralisation der Milchlieferung Bedenken, die sich onderwärts bestätigt hätten. In der Landwirtschaft selbst erhöbe sich gegen das Vorgehen der Hansameierei Widerspruch So z. B. wollen die Bauern in Groß-Grönau ihre Holländer nicht im Stich lassen. Nicht alle werden „sehr richtig" rufen wie Herr Henk. Es handele sich nicht nur um ein Monopol der Hansameierei während des Krieges, sondern der Vertrag verpflichte auf 5 Jahre.

Henk weiß von einer Beschimpfung der Bürgerschaftsmitglieder in jener Versammlung nichts. Bastian habe nur gesagt, wer nichts von der Milchwirtschaft verstehe, solle nicht darüber sprechen. Herr Heise und Aug. Pape seien nur ängstlich, daß die Preise in die Höhe getrieben würden. Aber dazu hätten wir ja die Behörden, die dann eingreifen könnten. Wenn der Zentralisation in den Rücken gefallen werde, lehne die Landwirtschaft die Folgen ab.

Albers bezweifelt die Wirkung der Höchstpreisfrage in der Milch für die Dauer und behauptet, daß kein einziger Schinken, der von der Landwirtschaft in die Stadt geliefert werde, zu den von der Behörde festgesetzten Preisen geliefert werde. 8—15 Mk. würden gefordert, um die Produktionsfreudigkeit der Landwirte zu fördern. Diese Zustände seien unerhört. Es sei ja auch begreiflich, daß ein Herr vom Ernährungsausschuß Herrn Bastian in der Milchfrage zustimme. Das sei menschlich.

Henk ersucht, die Leute, die Schinken anbieten, endlich anzuzeigen, damit man sie belangen könne. Nur sollte man nicht immer die ganze Landwirtschaft in solches Treiben hineinziehen.

Senator Dr. Lienau weist die Lesart zurück, daß die Herren im Ernährungsausschuß nicht objektiv geprüft hätten.

Senator Dr. Neumann: Der Behörde ist es ganz gleichgültig, wer die Milchversorgung hat, ihr liegt nur daran, daß sie funktioniert. Wüßte sie eine bessere Quelle, würde dieser mehr Interesse zugewandt. Bei den Holländern habe die Versorgung versagt (Zuruf Henk: Hört, hört!) Die Zustände wären noch schlechter gewesen, wenn wir keine Hansameierei gehabt hätten.

Stelling erklärt auf die Aeußerung Dr. Lienaus, daß die Milchfrage nur im großen Ausschuß der Kriegshilfe besprochen worden sei. In weiten Kreisen herrsche die Auffassung, daß die Milchversorgung besser funktioniert hätte, wenn das Reich eingegriffen hätte. Im übrigen waren es stets die Genossenschaft für Milchverwertung und die Hansameierei, die die Milch verteuerten.

Senator Dr. Lienau behauptet, durch die Maßnahmen der Hansameierei sei der Milchpreis niedrig gehalten worden.

Henk behauptet, es sei die höchste Zeit gewesen, den Milchpreis zu erhöhen, um Milch nach Lübeck zu bekommen. Sonst wäre sie nach andern Städten abgewandert.

Maack verteidigt als Vorsitzender der Hansameierei diese Genossenschaft. Sie habe Tausende zugesetzt habe, nur um Lübeck mit Milch versorgen zu können. Deshalb sage man aber doch, die Hansameierei gehöre den begehrlichen Agrariern. Man soll auch die schwere Arbeit der Landmannsfrauen beachten. Während die Holländerinnen auf den Wagen säßen und die Milch zur Stadt fahren, müßten die Landwirtsfrauen weiter schaffen.

Aug. Pape protestiert dagegen, daß es sich um einen Kampf gegen die Hansameierei handle. Diese habe bisher nur Lübeck mit einem Drittel Milch versorgt, die Holländer aber mit zwei Drittel. Es handle sich um die Frage, diesen Stand zu erhalten.

Der Antrag Heise wird angenommen.

Dr. Langenheim begründet einen Antrag, der dahin geht, die Bürgerschaft möge den Senat ersuchen, den Vertreter Lübecks im Bundesrat anzuweisen, nach Möglichkeit dafür einzutreten, daß Fahrpreise bis zu 20 Pfg. der reichsgesetzlich geplanten Verkehrssteuer nicht unterliegen.

Der Antrag wird angenommen.

Stelling: Nachdem wir diese wichtige Frage erledigt, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf einige größere Fragen lenken, die uns alle berühren. Es wird vielleicht hier und dort die Auffassung Platz greifen, als handle es sich um Zukunftsprobleme. Es sind jedoch Aufgaben, die dringend der Erledigung harren, zu denen die Vorarbeiten in Angriff genommen werden müssen. Da meine ich in erster Linie die Verfassungsreform und aus ihr herausgegriffen die Frage des Wahlrechts. Schon vor zwei Jahren habe ich diese Frage hier angeschnitten, aber vom Senat wie vom Vertreter der bürgerlichen Mitglieder dieses Hauses wurde gebeten, sie bis nach dem Kriege ruhen zu lassen. Damals hatte diese Auffassung eine gewisse Berechtigung, weil man glaubte, der Krieg würde bald zu Ende gehen. Da dieses Ende noch nicht abzusehen ist, erachten wir es als dringend notwendig, diese Fragen jetzt aufzurollen. Die an uns gestellten Ansprüche werden immer größer, wie die Not und Entbehrung weiter Schichten unserer Bevölkerung. Not und Tod dulden auch die Kämpfer draußen. Sie wollen nicht für leere Versprechungen kämpfen, die recht schnell vergessen werden, sondern für ernste bestimmte Ziele, für Aufgaben, die ihrer Erledigung harren. Wir müssen heute bereits mit den Vorarbeiten hierzu beginnen. Wie notwendig das ist, hat uns diese blutige Zeit gelehrt. Ich erinnere Sie an des Reichskanzlers Wort, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein treuester war. Wenn man sich das vor Augen hält, dann muß man zur Ueberzeugung kommen, daß diejenigen, die aus dem furchtbaren Ringen zurückkehren, keine Versprechungen, sondern Taten sehen wollen. Wir können es nicht verantworten, daß die Leute, die im Dreck, in der Luft, in den Unterseebooten mit unermüdlicher Ausdauer und Gewissenhaftigkeit kämpfen und stündlich ihren Tod vor Augen gesehen haben, bei ihrer Rückkehr fragen müssen: Was habt Ihr uns gegeben? Es ist gänzlich ausgeschlossen, daß diese Leute dann unter dem gleichen Wahlunrecht weiter leiden sollen, daß sie dann in der 2. Klasse als Entrechtete wählen sollen. Wenn Sie das aber nicht wollen, dann müssen sie heute schon die Vorarbeiten beginnen, damit die Männer, die für unsere Vaterstadt gekämpft haben, bei ihrer Heimkunft ein gleiches Wahlrecht vorfinden. Daß das heutige Wahlrecht kein gutes ist, hat Herr Dr. Görtz selbst bestätigt. Er betonte ja, es habe etwas Hartes und sei aus einer Kampfstimmung herausgewachsen. Und Herr Senator Dr. Fehling wies auf die infolge des Krieges anders gearteten Verhältnisse hin, die zur Nachprüfung der Verfassung Veranlassung geben werden. Ich bin daher der Meinung, daß Sie mit uns alles daran setzen werden, das Unrecht gutzumachen und den zurückkehrenden Kriegern etwas anderes bieten als das, was vorher herrschte, was für alle bitteres Unrecht bedeutet. Nach dem Kriege wird hoffentlich gleiches Recht für alle Deutsche gelten. Sprach doch selbst der Reichskanzler im preußischen Abgeordnetenhaus von einer Umgestaltung des innerpolitischen Lebens mit Rücksicht auf die großen Aufgaben, die er wie folgt skizzierte: „Wir werden nach dem Kriege vor die gewaltigsten Aufgaben gestellt werden, die wohl je einem Volk beschieden sind, vor Aufgaben, die so gewaltig sind, daß das ganze Volk in allen seinen Schichten, jedermann im Volke mit Hand anlegen muß, wenn wir uns überhaupt wieder herausarbeiten wollen. Eine innere und äußere Politik der Stärke können wir nur führen, wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen, vollberechtigte und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen. Das erfordert unsere Zukunft, nicht um theoretischer Probleme willen, sondern damit wir leben können." Ich darf Sie nur erinnern an die großen und gewaltigen Aufgaben, die wir nach dem Kriege zu lösen haben werden. Sie setzen die Mitarbeit aller Schichten voraus und damit die Beseitigung aller Ungerechtigkeiten. Sie werden sagen, wir haben ja unsere Bereitwilligkeit zur Verfassungsänderung geäußert, können aber während des Burgfriedens nicht weiter gehen. Da darf ich auf eine Rede des Bürgermeisters Dr. Walli in Bergedorf verweisen, der die Majorisierung der sozialdemokratischen Bürger als Unrecht kennzeichnete und der betonte, der Burgfrieden dürfe nicht zur Fortdauer dieses Zustandes herhalten. Ich habe nicht die Absicht, heute Anträge zu stellen, möge der Senat die Anrege einmal

---

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

127. Fortsetzung.

„Welche denn?"

„Das sage ich nicht, Rodion Romanowitsch. Uebrigens habe ich auch jedenfalls kein Recht, noch länger zu zaudern; und werde Euch in Arrest bringen. Ihr könnt jetzt überlegen; mir ist alles gleichgültig, und nur um Euch selbst zu tun. Bei Gott, Ihr tätet besser, Rodion Romanowitsch" —

Raskolnikow lächelte haßerfüllt.

„Das ist nicht allein lächerlich, nein, schamlos! Gesetzt also, ich wäre schuldig, was ich gar nicht sage, nun, mit welchem Grunde hätte ich mich da reuevoll Euch zu offenbaren, der Ihr doch selbst sagt, ich säße Euch für das Gefängnis in Ruhe?"

„Ach, Rodion Romanowitsch, glaubt doch nicht so sehr den Worten! Es ist ja möglich, daß es vielleicht nicht „in Ruhe" abginge! Dies ist ja eben nur eine Theorie, und noch dazu meine, und was wäre ich Euch gegenüber für eine Autorität? Es kann ja sein, daß ich selbst noch etwas vor Euch verberge. Ich darf Euch ja auch nicht alles so offen darlegen, hähä! Welchen Vorteil hättet Ihr davon! Es ist Euch wohl klar, daß dies nur ein Vorteil für Euch wäre. Ihr werdet Euch noch entdecken, aber wann? Das entscheidet selbst! Nachdem ein anderer das Verbrechen auf sich genommen und die ganze Sache verschoben hat? Ich schwöre Euch bei dem heiligen Gott, daß ich es dort so führen will, daß Euer Geständnis als ein vollständig unverhofftes kommen wird. Jene ganze Psychologie wollen wir beiseite lassen, ich will allen Verdacht gegen Euch über Bord werfen, sodaß sich Euer Verbrechen als Folge einer gewissen geistigen Umnachtung darstellt, weil ja mit Rücksicht auf das Gewissen allerdings eine Umnachtung vorhanden ist. Ich bin ein Ehrenmann, Rodion Romanowitsch, und werde mein Wort halten."

Raskolnikow schwieg düster und senkte den Kopf; er sann lange nach; endlich begann er zu lächeln, doch dieses Lächeln war mild und traurig.

„O, nicht nötig!" antwortete er, als ob er vor Porphyrius nicht mehr zurückzuhalten brauche. „Das ist der Mühe nicht wert! Ich brauche Euren Vorteil nicht!"

„Ja, das habe ich befürchtet!" rief Porphyrius erregt und gleichsam unwillig. „Das habe ich befürchtet, daß Ihr diesen Vorschub meinerseits nicht braucht."

Raskolnikow blickte ihn traurig und durchdringend an.

„Ekelt Euch noch nicht vor dem Leben," fuhr Porphyrius fort, „Ihr habt noch viel Leben vor Euch, weshalb sollet Ihr mein Entgegenkommen nicht annehmen? Ihr seid ein unduldsamer Mensch!"

„Was soll noch vor mir liegen?"

„Das Leben! Ihr wißt wohl selbst, was für ein Prophet Ihr wäret! Und vielleicht wartet Gott dazu auf Euch. Uebrigens würde ja die Kette nicht für die Ewigkeit an Euch hängen!"

„Das ist das Entgegenkommen!" lächelte Raskolnikow.

„Ach so. Ihr fürchtet Euch wohl vor der bürgerlichen Schande? Kann wohl sein, daß Ihr sie fürchtet; aber eigentlich braucht Ihr keine Besorgnis zu haben, oder Euch vor einem Geständnis mit der Bitte um Annahme mildernder Umstände zu scheuen."

„Ach, meinetwegen!" flüsterte Raskolnikow verächtlich und voll Ekels, als widere es ihn an, überhaupt zu reden. Er hatte sich wieder erhoben, als wollte er fortgehen, ließ sich aber dann verzweiflungsvoll von neuem nieder.

„So, so, meinetwegen! Ihr habt alles Vertrauen verloren, und denkt nur, daß ich Euch in plumper Manier schmeichle; habt Ihr schon so viel gelebt? Seid Ihr mit dem Verstande schon so überreif? Ich habe mir da eine Theorie ausgedacht; ich scheue mich fast, daß sie mir aufgetaucht ist, und leider nicht besonders originell geworden. Ihr habt ja eine niedrige Handlung begangen, es ist wahr, aber Ihr seid kein hoffnungslos gesunkener Bösewicht. Ihr seid kein vollständiger Sünder. Wollt Ihr wissen, wofür ich Euch halte? Ich halte Euch für einen von jenen Menschen, die man lebendigen Lebens schinden kann, und welche doch stehen bleiben und mit Lächeln auf ihre Peinizer blicken werden, — wenn sie nur eine Ueberzeugung, oder den Glauben haben. Nun, Ihr werdet ihn finden und leben! Für Euch ist längst eine Luftveränderung notwendig geworden. Und was wollt Ihr; das Leiden ist auch ein gutes Werk! Also leidet! Mikolay wird wohl recht haben, daß er leiden will. Ich weiß, daß mir nicht geglaubt wird, aber philosophiert nicht mit Selbstbetrug; entschlagt Euch dieses Lebens offen, und ohne Grübelei; fürchtet Euch nicht — dies wird Euch an das Ufer bringen und auf die Füße stellen. An welches Ufer? Nun, wie soll ich das wissen! Ich glaube nur, daß Ihr noch viel leben könnt! Ich weiß, daß Ihr diese meine Worte als eine auswendig gelernte Lektion ansieht; Ihr werdet Euch späterhin vielleicht erinnern und sie können Euch nützlich werden, deshalb spreche ich auch nur. Dann sei es sogar noch als gut erscheinen, daß Ihr die Alte ermordet hattet. Solltet Ihr aber eine andere Theorie haben, dann wäre es wohl möglich, daß Ihr zu einer noch hundertmillionenmal schlechteren Handlung gelangen könntet. Jetzt ist noch Gott zu danken, denn Ihr könnt vielleicht erkennen, daß Euch Gott noch behüten will. Ihr habt ein edles Herz, fürchtet also deshalb nicht zu viel. Habt Ihr Furcht, die bevorstehende, erhabene Pflicht zu erfüllen? Nein, es wäre nur beschämend, wolltet Ihr Furcht empfinden. Wenn man solch einen Schritt getan hat, gilt es auch, fest zu sein! Dies ist die wahre Ordnung der Dinge. Erfüllt, was die Gerechtigkeit von Euch heischt. Ihr braucht jetzt Luft, Luft, Luft!"

Raskolnikow erschrak.

„Aber was seid Ihr für ein Mensch!" rief er, „was für ein Prophet? Von der Höhe einer alles überragenden Ruhe verkündet Ihr mir weise Prophezeiungen?"

„Wer, ich? Ich bin ein Alltagsmensch, weiter nichts. Ein Mensch von Gefühl und Empfindung, der vielleicht auch ein wenig versteht — aber doch ein Alltagsmensch! Bei Euch ist das etwas anderes! Euch hat Gott das Leben vorgezeichnet — wer weiß, ob es nicht auch bei Euch in Nebel hinfließt und nichts Bedeutendes aufweisen wird. — Was werdet Ihr sagen, daß Ihr in eine andere Klasse von Menschen übertreten sollt? Wird Eurem Herzen nicht der Mangel der Lebensbequemlichkeit dann fühlbar werden; was werdet Ihr empfinden, wenn lange Zeit hindurch niemand mehr zu Euch kommt? Nicht in der Zeit freilich liegt alles, sondern in Euch selbst. Steht Ihr als Sonne da, so wird Euch jedermann sehen; eine Sonne muß vor allem auch Sonne sein. Ihr lacht wieder, weil ich ein solcher Schlucker bin? Ich mache eine Wette darauf, daß Ihr glaubt, ich wolle Euch schmeicheln. Nun, vielleicht habe ich Euch in der Tat geschmeichelt, hähähä! Ihr glaubt mir ja nicht einmal auf mein Wort Rodion Romanowitsch, und würdet dies auch niemals tun — dies ist nur einmal mein Geschick, und ich gebe mich damit zufrieden, aber hinzufügen möchte ich noch, daß Ihr selbst glaubte ich, erwägen könnt, inwieweit ich gut und inwieweit ich schlecht bin."

„Wann denn denkt Ihr mich in Arrest zu bringen?"

„Nun, einen oder zwei Tage kann ich Euch noch frei umherlaufen lassen. Ueberlegt nun, mein Lieber und betet zu Gott. Es ist wahrhaftig vorteilhafter, bei Gott!"

„Aber wie wenn ich entfliehen würde?" lächelte Raskolnikow seltsam.

(Fortsetzung folgt.)

wüssen und sich bereit erklären, vor Beendigung des Krieges uns die nötigen Vorlagen entgegenzubringen, damit auch die Bürgerschaft die Frage erörtern kann. Wenn nicht, findet sich für uns wieder Gelegenheit, darauf zurückzukommen. Vergessen Sie nicht, was auf dem Spiel steht. Erinnern Sie sich der Worte des Reichskanzlers, der im Abgeordnetenhause ausrief: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt, der glaubt, daß wir nach einer solchen Katastrophe, deren Umfang wir Mitlebenden noch gar nicht verstehen können, er könnte wieder anknüpfen an das, was vorher war. Der glaubt, daß er neuen und jungen Wein in die alten Schläuche füllen könne. Wehe dem Staatsmann." — Der Moderduft der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts, der Moderduft, der der Revolution von 48 folgte, und der uns heute noch entgegenweht, muß verschwinden. Auch hier in Lübeck muß ein freierer Wind wehen. Nicht nur in bezug auf die Verfassung. Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn wir uns gemeinsam beschäftigen könnten mit dem Programm der Uebergangswirtschaft zwischen dem Kriege und dem Frieden. Diese Arbeiten können nicht früh genug eingeleitet werden, um festzustellen, was nach dem Kriege geschehen soll und muß. Die Kostenfrage muß erwogen werden und wie sie aufgebracht werden soll. Unsere ganze Steuerpolitik ist davon abhängig. Dabei will ich betonen, daß wir noch einer der wenigen Staaten in Deutschland sind, die Einkommen von 600 Mark an besteuern. Heute im Kriege, wo sich die Lebenslage so verschlechtert hat, sollte eine solche Bestimmung nicht mehr bestehen. Unsere Finanzpolitik muß sich auf die höheren Einkommen stützen, die leistungsfähiger sind als die unteren. Die Grenze der oberen Steuerklassen kann noch wesentlich höher gestellt werden, als dies heute der Fall ist. Ebenso ist es bei der Vermögens- und Erbschaftssteuer. Mit der vorgesehenen Gas- und Elektrizitätspreiserhöhung können wir uns in dieser Art ebenfalls nicht befreunden. Es muß hier in Lübeck ein anderer Wind wehen, auch in bezug auf die Arbeiterpolitik. Ich erinnere nur an die Arbeitsnachweisfrage. Es ist beschämend, daß erst das Gewerkschaftskartell dringende Vorstellungen nach Parität erheben muß. Beschämend deshalb, weil es zeigt, daß man hier auf diesem Gebiete noch nichts gelernt hat. Man hat zwar Handels- und Gewerbekammer, die Landwirtschaftskammer herangezogen, aber nicht die Organisationen der Arbeiter. Das ist bedauerlich, aber auch ein Zeichen der Zeit. Die Arbeiter wollen aber nicht immer nur Amboß bleiben, sondern gleichberechtigt sein in Fragen, die die wichtigsten für sie sind. Andere Erwerbskreise haben staatliche Vertretungen, nicht aber die Arbeiter, die das Fundament des Staates bilden. (Henk: Na, na!) Will man hier den arbeiterfeindlichen Kurs beibehalten, will man den Arbeitern ihr Recht nicht geben, dann werden sie gezwungen sein, es sich nach dem Kriege zu erkämpfen. Und sie werden es sich erkämpfen! — Dieser Krieg hat leider viel Intelligenzen gekostet. Wollen wir später wieder auf dem Weltmarkte konkurrieren, und das wollen wir, dann müssen wir für Ersatz der Intelligenzen sorgen. Dann darf die Bildungsmöglichkeit nicht wie bislang vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein, sondern muß auf Grund der Begabung sich geltend machen. Hier gilt es einen harten Kampf, denn die in Frage kommenden Kreise teilen nicht unsere Meinung. Heute sind die freien Stellen nicht den begabten Volksschülern, sondern den Schülern höherer Schulen offen. Mehr oder minder werden auch bei Freistellen Standesrücksichten geltend gemacht, mit einer Hand gibt man und mit der anderen sperrt man die Türe wieder zu, deshalb muß auch für den Unterhalt der begabten Kinder aus den unteren Kreisen gesorgt werden. In der Schule muß mit dem alten Geist gebrochen werden, auch hier muß sich ein neuer Geist Eingang verschaffen. Der einzig richtige Weg ist, den befähigten Kindern ein direktes Anrecht auf höhere Bildung einzuräumen. Nicht Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern darf maßgebend sein. Das bedingt die Einführung der Einheitsschule. Es handelt sich hier nicht um Fragen des höheren Schulwesens, sondern um Ausbau der Volksschule, die als Ausgangspunkt aller Bildung betrachtet werden muß. In Hamburg hat sich die Bürgerschaft ebenfalls mit dieser Frage beschäftigt und ein eingesetzter Ausschuß eine Vorlage gefordert, nach der auch den Volksschülern die Möglichkeit höherer Bildung gewährt und ihnen der Uebergang zur höheren Schule ermöglicht wird. In Lübeck muß endlich auch der Frage der Lehrmittel- und Schulgeldfreiheit nähergetreten werden. Natürlich erfordert das Kosten; es ist eine neue Last, die wir uns aufbürden; die sollte aber gern und freudig getragen werden von allen Schichten der Bevölkerung im Interesse unserer Kinder. Heute erwachsen darin insbesondere den Kriegerfrauen große Lasten. Die Bücher sind besonders teuer und die Schreibhefte sollen, wie Lehrer den Kindern ankündigten, nächstens 20 Pfg. kosten. Zum mindesten muß jetzt die Frage der Lehrmittelfreiheit gelöst werden. Ebenso steht es mit der Schulgeldfreiheit, und darin stimmt uns eine Anzahl Lehrer ebenfalls bei. Der bescheidenste Anfang muß endlich gemacht werden. Das Fortbildungsschulwesen wird bis heute als Stiefkind betrachtet. Auch hierfür müssen Mittel aufgebracht werden, um freie Bahn jedem Tüchtigen zu schaffen. Der Wohnungsfrage müssen wir mehr wie bisher unser Augenmerk schenken. Zwar wurde gesagt, die Frage werde geprüft, aber geprüft wird immer, man kommt nur nicht zu Ende. Die Angelegenheit muß aus der Prüfung heraus, damit sich die Bürgerschaft damit beschäftigen kann. Für Leute mit mehreren Kindern ist es heute unmöglich, eine Wohnung zu erhalten. Klagen sind mir erst kürzlich wieder geschildert worden. Die zurückkehrenden Kriegerväter darf man mit ihren Familien nicht in Baracken unterbringen, weshalb rechtzeitig Maßnahmen zu treffen sind. Mittel müssen bereitgestellt werden, mit gemeinnützigen Bauvereinen muß man Fühlung nehmen. Auch gegen die Verteuerung der Verkehrsmittel muß man angehen, um das Wohnen vor dem Tore zu ermöglichen. Denn das Fahrgeld zählt zur Miete. Das waren so die wichtigsten Punkte. Es gibt noch viele andere, doch hier handelt es sich um die allerdringlichsten. Betrachten Sie meine Ausführungen als Mahnung, was schleunigst getan werden muß. Zum Schluß möchte ich Sie bitten, nach jeder Richtung hin aufzuräumen mit dem alten Geist des Rückständigen, damit eine bessere Zeit anbricht, die aufgebaut ist auf Freiheit und Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schulmerich kommt auf die Wohnungsfrage zu sprechen. Ein Mangel an Kleinwohnungen habe schon vor dem Kriege hier bestanden und habe jetzt noch zugenommen, wenn es auch im Augenblick nicht so sehr empfunden werde. Dem Kleinwohnungsmangel müsse abgeholfen werden. Bauvereine, Siedlungsgenossenschaften und Private würden das Werk nicht allein vollbringen, der Staat müsse eingreifen. Soweit als möglich müssen Einzelhäuser errichtet werden. Mietskasernen kämen nicht in Frage. Redner wünscht vom Senat die Vorschläge in dieser Richtung im [illegible] vorgelegt zu sehen, damit sich die Bürgerschaft rechtzeitig damit beschäftigen kann. Dann werde sich Gelegenheit finden, auch die Kriegerheimstättenfrage, die wesentlich eine Frage finanzieller Art sei, zu lösen. Ein Antrag, den Vorschläge zum Kleinwohnungs[illegible] werden, wird vom Redner eingebracht und angenommen.

[illegible] erklärt, daß er seinerzeit gegen die Verschlechterung des Wahlrechtes gestimmt habe und daß er sich mit den Ausführungen [illegible] in dieser Beziehung einverstanden erkläre. [illegible] stellt den Antrag: Der Senat möge eine Vorlage einbringen, daß dem Steuerzahler durch Verminderung oder Verlust seines Einkommens während des Krieges eine Schmälerung seines Wahlrechts [illegible] erleide.

Dieser Antrag wird angenommen.

Thiele bemängelt die hohe Holzpreise. Man hätte hier Höchstpreise schaffen [illegible]. Redner bedauert das Kappen der Lindenbäume gerade jetzt, wodurch den Bienen die Nahrung weggenommen werde.

Hoff weist ebenfalls auf die letzten Auktionen im [illegible] Forstrevier hin, wo 30—40 Mark für den Raummeter geboten und bezahlt wurden. Eine hiesige Kohlengroßhandlung habe durch übergroßes Angebot jede Konkurrenz aus dem Felde geschlagen. Derartige Wucherpreise dürfte der Staat gar nicht nehmen. Früher habe der Raummeter 10—12 Mark gekostet, bei den jetzigen Preisen komme der Sack Holz auf 3 Mark. Nicht genug damit, daß die Arbeiter mit ihren Familien hungern müßten, jetzt sollen sie auch noch frieren. Der Senat habe alle Ursache, derartige Auswüchse radikal zu beseitigen. Die Forstverwaltung müßte Händler, die solche Preise bieten, von der Konkurrenz ausschließen, über gewisse Höchstpreise dürfte sie auch hier nicht hinausgehen. Wenn wucherische Preise bestraft werden, dürfe man vom Staate erst recht verlangen, daß er bei seinen Organen solche wucherischen Preise nicht zuläßt. Redner erwartet hierin baldige Remedur.

Albers ersucht, den Betrag von 200 Mark Abgaben des Amtsblattes bedeutend zu erhöhen, da das Blatt ganz bedeutende Vorteile gegenüber anderen Zeitungen habe.

Die Senatsantwort ist am Pressetisch unverständlich.

Dr. Langenheim bemängelt einen Posten für Radfahrwege.

Vom Senatstisch wird die eingestellte Summe als notwendig erklärt, um die Reparaturen der Radfahrwege ausführen zu können, die auch notwendig seien, wenn heute auch wenig gefahren werde.

Henk wünscht die Errichtung eine Brücke bei Nädlershorst.

Senator Dr. Eschenburg teilt mit, Mecklenburg habe sich in der Kostenfrage auf einen durchaus ablehnenden Standpunkt gestellt und

Senator Dr. Neumann betont, auch Utecht wolle nichts beisteuern.

Thiele wünscht Rückzahlung der Radfahrsteuer.

Rehder findet die Teerung der Radfahrwege unpraktisch, chaussierte Radfahrwege seien vorteilhafter.

Henk betont, die Gemeinde Schattin habe sich nicht nur erboten, 4000 Mark beizutragen, sondern wolle auch den Kies liefern, um den Mecklenburger Weg dammfertig zu machen. Eine Verbindung bei Utecht-Rotenhusen würde den Verkehr mehr nach Lauenburg leiten, was nicht in unserem Interesse liege.

Riemann-Schlutup hält es für verkehrt, daß beim Großen Durchstich in Schlutup kleine Böte bei Sturm benutzt werden. Bei der Forsthalle in Israelsdorf müßte endlich eine Wartehalle und eine Bedürfnisanstalt errichtet werden.

Stelling bringt eine Beschwerde über die Motorfähre in Travemünde vor. Der Motor habe vielfach versagt, wodurch die Leute, die auf der Flugwerft arbeiten, Lohnausfall gehabt hätten.

Grünau betont, daß jetzt die Fähre gut funktioniere. In diesem strengen Winter habe leicht eine Störung eintreten können. Die Verhältnisse seien weit besser als unter der alten Fähre.

Stelling glaubt, daß bei der Ansicht des Vorredners die Travemünder sehr bescheiden und anspruchslos gewesen wären. Jedenfalls sollte man die Personen nicht warten lassen, bis der Zug einlaufe, sondern sie vorher befördern.

Kröger kommt auf die Versicherung der unständig beschäftigten Arbeiter zu sprechen und bringt bestimmte Fälle vor, die die Entschädigung bei Krankheit oder Unfall betreffen. Eine besondere Prüfung durch die Behörde wäre notwendig.

Hoff gibt zu, daß diese Beschwerden berechtigt seien; derartige Fälle kämen aber nicht oft vor. Die Ortskrankenkasse werde in ihrer nächsten Ausschußsitzung den Fall erledigen. Unständig beschäftigte Arbeiter, für die im Krankheitsfalle die Unternehmer einzutreten hätten, wenn sie die 6wöchige Karenzzeit nicht erfüllt haben, kämen hier nur selten in Frage. Meistens handle es sich um kurz von auswärts übergesiedelte.

Beim Artikel Gas und Elektrizität bedauert

v. Schack, daß der Bürgerausschuß bei dem Erhöhungsantrag keine Kommission eingesetzt hat. Redner bezweifelt die vorgetragene Aufstellung und glaubt, daß man mit einem zehnprozentigen Zuschlag auskomme. Der Überschuß in früheren Jahren habe sich trotz höherer Kosten gesteigert. Eine nochmalige Prüfung sei notwendig.

Direktor der Betriebsanstalten Hase weist auf die ungeheure Verteuerung aller Bedarfsartikel und der Kohlen hin, die 70 bis 300 Prozent betragen. Dazu komme die neue Versteuerung der Kohle und die Verkehrssteuer. Nicht zu vergessen sei die minderwertige Beschaffenheit der Kohle, die nur noch 240—250 Kubikmeter liefern gegen 310 früher. Im kleinen Haushalt, wo monatlich 30—35 Kubikmeter verbraucht würden, mache die Verteuerung 78—90 Pfg. aus. Das könne ertragen werden. Eine Einschränkung des Gasverbrauchs sei notwendig, denn trotz aller Verordnungen sei der Gasverbrauch im vorigen Jahre um zwölf Prozent gestiegen. In anderen Städten sei die Erhöhung der Preise weit größer als man hier vorzunehmen beabsichtige.

Henne ist vom Antrag des Senats nicht überrascht. Eine Verteuerung sei nach allen Zusammenhängen unvermeidlich. Der Mehrgasverbrauch beruhe wohl auf den vielen Gasanschlüssen und dem Petroleummangel. Die Sparsamkeit werde doch etwas zu weit getrieben, die Straßenbeleuchtung sei zu mangelhaft.

Senator Dr. Eschenburg: Der Antrag ist erst spät an den Senat gelangt und von diesem für so wichtig erkannt worden, daß er sofort erledigt werden muß.

Hoff beantragt Kommissionsberatung. Wir können eine so unerhörte Preissteigerung unmöglich verantworten, ohne eine gründliche Prüfung vorher vorgenommen zu haben. Ob die Zahlen des Herrn Direktors Hase stimmen, könne man nicht ohne weiteres sagen. Sie mögen von Sachkenntnis getragen sein, doch ist es unsere Pflicht, sie nachzuprüfen. Redner erinnert daran, daß sich gerade viele kleine Leute auf die Aufforderung der Anstalt hin Gas legen ließen und daß sie jetzt zu der 3—4maligen Verteuerung aller sonstigen Bedarfsartikel nun auch diese Verteuerung des Gases hinnehmen sollten. Das alles könne durch keine Lohnerhöhung ausgeglichen werden. Die Gewerbetreibenden würden zwar auch schwer davon betroffen, sie hätten aber wieder die Möglichkeit, die Mehrkosten auf ihre Fabrikate aufzuschlagen. So blieben nur wieder die kleinen Leute, die die Lasten tragen müßten. Auch die Hauswirte würden die Gelegenheit wieder zur Mietesteigerung ausnutzen, und meistens betrage dann die Abwälzung soviel, daß noch etwas in der eigenen Hand hängen bleibe. Die Vorlage sei so dürftig begründet, daß man nicht wissen könne, ob die vom Senat geforderte 20prozentige Erhöhung richtig sei, da doch die Behörde zunächst 25 Prozent gefordert habe. Ferner macht Redner auf die jetzige schlechte Beschaffenheit des Gases aufmerksam. Der Mehrverbrauch rühre zum Teil auch daher, daß ein Teil des Gases nutzlos verpuffe. Früher habe man die Sache auf schlechte Beschaffenheit der Beleuchtungskörper zurückzuführen versucht; es liege aber nicht an diesen, sondern an der Minderwertigkeit des Gases, wie schon daraus zu erkennen sei, daß täglich mehrmals ein Wechsel in der Beleuchtung eintrete: bald brenne das Gas dunkler, bald heller. Eine Kommissionsberatung könne ganz gut stattfinden, da der Hauptgrund, die Kohlensteuer, vorläufig noch nicht eintrete. Die Vorlage jetzt in letzter Stunde zu schlucken, sei eine ungeheuerliche Zumutung. Auch die Straßenbeleuchtung sei mit demselben Posten eingesetzt, obwohl sie um mehr als die Hälfte zurückgegangen sei. Man müßte auch prüfen, ob nicht auch ein Teil der Mehrkosten durch die Nebenprodukte gedeckt werden könne. Bei der Vergrößerung der Gasanstalt habe Herr Hase in dieser Beziehung gerade das Gegenteil von heute behauptet. Die Elektrizitätsfrage müsse genau so geprüft werden, da es sich hier vielfach um Verbraucher handle, die leistungsfähiger seien als manche Gaskonsumenten.

Direktor Hase sucht die Einwände der Vorredner zu widerlegen. Die Straßenbeleuchtung müsse eingeschränkt werden. Wo alles teurer geworden sei, müsse man auch Gas und Elektrizität verteuern, um den Verbrauch einzuschränken. Das Gas könne nicht besser sein als es gegenwärtig sei, man könne mit dem besten Willen keine Änderung schaffen. Schlechtes Gas sei immer noch besser, als gar keines. Eine bessere Ausnutzung der Nebenprodukte werde im Herbst eintreten.

Senator Dr. Lienau betont, die Vorlage könne gar nicht anders begründet werden, als es geschehen sei. Die Vorlagen im Reichstag seien ihr zugrunde gelegt.

Dimpker meint, das Vertrauen zur Behörde müßte größer sein. Wenn diese eine derartige Aufstellung mache, dann müsse man ihr das glauben; eine Kommission könne an diesen Tatsachen nichts ändern.

Albers unterstützt den Antrag auf Kommissionsberatung. Bei großen Aufgaben erlebe man hier stets, daß auf schnellste Erledigung gedrängt werde. Im übrigen belaste diese Erhöhung den Geschäftsmann ganz außerordentlich. Der Gasdruck sei zu mangelhaft und führe im Endzweck nicht zu Ersparungen im Verbrauch.

Direktor Hase glaubt, trotz der Richtigkeit der Ausführungen des Vorredners über die geringe Heizkraft des Gases, daß bei dem geringen Druck auf Gas eine Gaserwärmung im Endresultat erzielt werde.

Dr. v. Brocken empfiehlt die sofortige Annahme des Antrages. Zu den Leistungen des Herrn Direktor Hase könne man volles Vertrauen haben.

v. Schack ist überzeugt, daß man mit 10% Aufschlag auskomme. Die Einnahmen des Budget steigerten sich auch um die 70 000 Mk. Vermögenssteuer, die mehr bewilligt wurden.

Henze ist mit den Ausführungen Hases auch nicht einverstanden. Gerade die heutige Zeit mahne zur Sparsamkeit. Wenn alles teurer werde, brauche deswegen der Brennstoff nicht noch unbedingt teurer zu werden. Die Begründung von Herrn Senator Dr. Lienau, daß es sich ja nur um eine geringe Erhöhung handle, könne man bei allen Artikeln hören. Der Arbeiter weiß aber schließlich nicht mehr, woher er all' die Erhöhungen nehmen soll. Auf diese Weise müssen die Löhne weit mehr erhöht werden als bisher. Wir dürfen uns durchaus nicht davon abschrecken lassen, daß keine Zeit mehr zur Beratung übrig bleibt. Redner hält ferner die Preiserhöhung des Automatengases um 3 Pfg. pro Kubikmeter für ungerechtfertigt, denn dadurch werde das Gas der Minderbemittelten um drei Zehntel teurer als die beabsichtigte 20prozentige Erhöhung ausmache. Wenn eine Erhöhung notwendig sei, dann würden hier 2 oder 2½ Pfg. vollauf genügen. Er ersuche, den Antrag auf Kommissionsberatung anzunehmen.

Vor der Abstimmung bezweifelt G. Reimpell die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Die Sitzung wird um 11 Uhr abgebrochen und auf Dienstag abend vertagt.

Die Wahl der Kommission zur Prüfung der Frage betr. Gewährung einer Entschädigung an die Gutsangehörigen der Gemeinden Niendorf und Reecke wegen Aufhebung der Steuerfreiheit des Gesamtgutes Weißenrode hatte folgendes Ergebnis: Dr. Langenheim, Peckelhoff, Henk, Schulmerich, Grünau. Ersatzmänner: Thiele und Koster.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Anträge zum Etat des Reichskanzlers.

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft hat zum Etat des Reichskanzlers einen umfangreichen Antrag eingebracht. Der Antrag fordert die schleunige Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch den die Einholung der Zustimmung des Reichstages bei der Einleitung und beim Abschluß von Bündnissen sowie bei Kriegserklärungen und Friedensverträgen sicher gestellt wird. Ferner wird gefordert, auf den schleunigen Abschluß eines Friedens auf der Grundlage des Verzichts auf Annexionen jeder Art durch alle kriegführenden Staaten hinzuwirken. Außerdem wird verlangt, dem Reichstag schleunigst einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der für die Reichstagswahl künftig die Verhältniswahl festsetzt, das aktive und das passive Wahlrecht an das 20. Lebensjahr knüpft, den Frauen das Wahlrecht gibt und weiter festsetzt, daß der Wahltag ein Sonntag oder Feiertag sein muß. Sodann wird gefordert, daß in jedem Bundesstaat eine aus dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht hervorgegangene Vertretung bestehen muß, und daß die bestehenden Ersten Kammern (Herrenhäuser) aufgehoben werden. Der Antrag fordert dann noch die Aufhebung der noch bestehenden Ausnahmegesetze (Jesuitengesetz, Sprachenparagraph usw.); ferner die Aufhebung der Gesindeordnung und Sicherstellung des Koalitionsrechtes; außerdem wird gefordert eine Sicherstellung des Vereins- und Versammlungsrechts, des Briefgeheimnisses und der Wahlfreiheit gegen militärische und polizeiliche Angriffe, wie sie unter dem Belagerungszustand erfolgen. Zum Schluß wird der Reichskanzler aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß schleunigst die sämtlichen wegen politischer Delikte ergangenen Strafen aufgehoben werden.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Seniorenkonvent des Reichstages befaßte sich am Sonnabend mit dem Arbeitsplan für die nächsten Tage. Heute, Dienstag, beginnen die Verhandlungen über die neuen Steuern, die vor Ostern fertiggestellt werden sollen. Die Absicht, auch die Ernährungsfragen und die Frage der Schutzhaft noch vor den Osterferien zu erörtern, kann nicht verwirklicht werden, weil beide Materien sich noch in der Kommission befinden. Am Donnerstag beginnt die Behandlung der Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes; zwischendurch wird der Notetat verabschiedet, da es sich als unmöglich erwiesen hat, den Etat rechtzeitig fertigzustellen. Am Freitag vertagt sich das Haus bis zum 24. April. Der Hauptausschuß nimmt seine Arbeiten bereits am 17. April wieder auf.

Ein Vorstoß im Herrenhause.

Auf der Tagesordnung der am 27. März stattfindenden Sitzung des preußischen Herrenhauses steht u. a. auch der Antrag des Grafen Hoensbroech betr. den uneingeschränkten U-Boot-Krieg und den Friedensschluß. Nach den bisherigen Dispositionen sollte der Reichskanzler am Donnerstag im Reichstage das Wort nehmen und man durfte erwarten, daß er bei dieser Gelegenheit die Antwort auf den Vorstoß im Herrenhause geben würde. Sonderbarerweise teilt nun aber der „Berliner Lokalanzeiger" mit, daß es durchaus noch nicht feststehe, ob der Reichskanzler am Donnerstag im Reichstage das Wort nehmen werde.

Bewahrheitet sich diese letztere Meldung, so ist anzunehmen, daß der Etat des Reichskanzlers abgesetzt werden soll und dann erst nach Ostern verhandelt werden könnte. Dadurch würden die ganzen Dispositionen des Seniorenkonvents schlankweg über den Haufen geworfen.

Aus Nah und Fern.

Infolge des Hochwassers der Elbe kenterte im Bezirk Melnik in Böhmen ein mit sieben Mitgliedern einer Regierungskommission besetzter Kahn; die sieben Personen ertranken.

Großfeuer im Wladiwostoker Hafen. Aus Petersburg wird gemeldet: In Wladiwostok brach am 21. März ein Feuer in den städtischen Hafenanlagen aus und verbreitete sich mit rasender Geschwindigkeit. Dabei verbrannten 100 000 Pud Baumwolle. Für 7 Millionen Rubel Patronen explodierten. Der japanische Dampfer „Nagaiaki Maru", der Artillerie-Munition geladen hatte, flog in die Luft. Es wird angenommen, daß das Feuer von der Gendarmerie angelegt worden ist. Zahlreiche Gendarmen, die bisher noch im Dienste weiter angestellt waren, wurden deshalb verhaftet.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.